



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Lokale Allianz für
Menschen mit **Demenz**



Leben mit Demenz in der Kommune – vernetztes Handeln vor Ort

Handreichung für Politik und Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger,
Initiativen und Vereine in der Kommune

Inhalt

| | |
|---|----|
| Grußwort Beigeordneter Uwe Lübking, DStGB | 5 |
| 0. Hinführung | 7 |
| 1. Worum es geht | 9 |
| 1.1 Papa Schulz und die Osterstraße | 9 |
| 1.2 Wer sorgt, damit man sich nicht sorgen muss? | 10 |
| Kommune, Daseinsvorsorge und Zivilgesellschaft | |
| 1.3 Auf die Sprünge helfen | 12 |
| Förderprogramme als Katalysatoren | |
| 1.4 Wegstrecken | 14 |
| Varianten der Themenbearbeitung auf kommunaler Ebene | |
| 2. Kommunale Strategie: Menschen mit Demenz zum Thema einer <i>Sorgenden Gemeinschaft</i> machen | 17 |
| 2.1 Jede lange Reise... .. | 17 |
| ...beginnt mit dem ersten Schritt | |
| 2.2 Alle mal hinschauen! | 19 |
| Situationscheck: Wo stehen wir? | |
| 2.3 Wie soll das Alter werden? | 21 |
| Einladung zum Diskurs | |
| 2.4 Vom Knüpfen und Weben | 25 |
| Netzwerkstrukturen schaffen | |
| 2.5 Den Boden bereiten | 27 |
| Sensibilisierung für das Thema Demenz | |
| 2.5.1 Demenzatlas, Demenzlotse, Ratgeber | |
| 2.5.2 Informations- und Aufklärungskampagne | |
| 2.5.3 Schulungen, Erste-Hilfe-Kurse | |
| 2.6 Auf stabilem Fundament | 31 |
| Unterstützungsangebote und Dienstleistungen | |
| 2.7 Mittendrin sein und bleiben | 35 |
| Teilhabe und inklusive Formate | |

| | |
|---|----|
| 2.8 Raus aus den Sesseln! | 39 |
| Bürgerschaftliches Engagement | |
| 2.9 Mit langem Atem! | 45 |
| Integrierte Stadt-, Kreis- und Gemeindeentwicklung | |
| 2.9.1 Sozialraumplanung | |
| 2.9.2 Teilhabe und Inklusionsplanung | |
| 2.10 Erst schauen, dann tun! | 47 |
| Bedarfsanalyse und Planung | |
| 2.10.1 Bedarfsanalyse | |
| 2.10.2 Planungs- und Handlungsschritte | |
| 2.11 Auf Augenhöhe! | 51 |
| Partizipatives Handeln | |
| 2.12 Zwischen Feld und Wiesen | 55 |
| Kommunen im ländlichen Raum | |
| 2.13 Die kleinen Helfer | 59 |
| Technische Assistenz | |
| | |
| 3. Dienstagmorgen in Deutschland – ein Szenario | 63 |
| | |
| 4. Nachklang | 67 |
| | |
| 5. Zum Vertiefen: Medien, Links, Tipps | 69 |

Grußwort Beigeordneter Uwe Lübking, DStGB

Wir sind auf dem Weg in eine Gesellschaft, deren altersmäßige Zusammensetzung sie mit keiner vorangegangenen vergleichbar macht. Durch die Alterung der Bevölkerung wird die Zahl der Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen (Demenz) in den kommenden Jahren wachsen. Demenz mit ihren weitreichenden Folgen ist eine gesellschaftliche Herausforderung, deren Bewältigung Mitmenschlichkeit, Wissen und ein breites Spektrum unterstützender Strukturen sowie soziale Netzwerke erfordert. Gleichzeitig lösen sich soziale Milieus, in denen Menschen mit Demenz gleichsam „wie von selbst“ aufgehoben waren, mehr und mehr auf. Es sind gesellschaftliche Trends zu beobachten (Vereinzelungstendenzen, wachsende Entfernungen zwischen Eltern- und Kinderhaushalt aufgrund der – vor allem in beruflicher Hinsicht – geforderten Mobilität und Flexibilität), die zukünftig zu einer Erhöhung des Anteils der dauerhaft allein lebenden älteren Menschen führen.

Der Siebte Altenbericht beschreibt zutreffend die besondere Rolle der Kommunen für die Sicherung und Ausgestaltung der Daseinsvorsorge. Sie sind im Rahmen des verfassungsrechtlich verankerten Selbstverwaltungsrechts aufgerufen, die soziale Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger bedarfsorientiert zu gestalten. Bezogen auf das Thema Demenz fällt ihnen die Aufgabe zu, die Verfügbarkeit eines differenzierten Hilfesystems aus offenen, ambulanten, (teil-)stationären sowie komplementären Altenhilfe-, Pflege- und sozialen Angeboten einschließlich der sozialen Teilhabe in der örtlichen Gemeinschaft zu ermöglichen.

Hieraus ergeben sich für die Kommunen vor allem folgende Aufgaben:

- das Thema Demenz enttabuisieren, für die Thematik sensibilisieren und Solidarität vor Ort schaffen;
- dafür Sorge tragen, dass erforderliche Hilfen bereitgestellt werden;
- örtliche Unterstützungspotenziale entwickeln, organisieren und fördern;
- Infrastrukturen, Serviceleistungen und Angebote inklusiv gestalten.

Diesen sozialen, politischen, ökonomischen und humanitären Herausforderungen kann nur begegnet werden, wenn in den Städten und Gemeinden Formen einer gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Verantwortungsübernahme entwickelt und gelebt werden. Bürgerinnen und Bürger, politische Entscheidungsträger sowie andere lokale Akteure müssen neue Netze des Kontakts und der Unterstützung in ihrem Gemeinwesen identifizieren und knüpfen, um eine wirkliche Verbesserung der Situation von Menschen mit Demenz zu ermöglichen. Mit Netzwerken auf kommunaler und wohnortnaher Ebene kann erfahrungsgemäß die Unterstützung von Menschen mit Demenz und ihren pflegenden Angehörigen am besten gewährleistet werden.

Die Kommunen müssen und sollen nicht alle Aufgaben selbst erfüllen. Aber sie haben die Aufgabe, dies zu ermöglichen und die genannten Akteure zu vernetzen. Dabei sollten sie die Betroffenen zu Beteiligten machen. Wie sollen vor Ort bedarfsgerechte Angebote entwickelt werden, wenn dies ohne die Betroffenen geschieht, die Expertinnen und Experten in eigener Sache sind?

Von der Großstadt mit ihren Quartieren bis hin zu den ländlichen Räumen sind individuelle Handlungskonzepte gefordert. Vor besonderen Herausforderungen stehen die dünn besiedelten und strukturschwachen ländlichen Räume, aber auch die prekären urbanen Gebiete. Die Divergenz zwischen den Kommunen nimmt derzeit zu und nicht ab. Hier sind Bundes- und Landespolitik gefordert, die Rahmenbedingungen für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland entsprechend der Forderungen im Siebten Altenbericht zu schaffen.

Aber auch die Kommunen selbst sind gefordert. Die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit und des Zusammenspiels von Landkreisen und insbesondere kleinen kreisangehörigen Gemeinden werden noch nicht überall hinreichend genutzt. Notwendig ist eine integrierte und intergenerative Stadtentwicklungsplanung, die in den Quartieren und Gemeinden die unterschiedlichen Handlungsfelder, zum Beispiel Wohnen, Mobilität, Nahversorgung, Gesundheit, Pflege, Sport, Freizeit und Kultur und soziale Teilhabe für alle Generationen und für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen zusammenführt.

Durch Programme und Initiativen wie den „Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz“ oder „Demenzfreundliche Kommune“ haben sich gute Beispiele entwickelt. Die vorliegende Handreichung bietet wertvolle Anregungen für die Kommunen, die sich noch auf den Weg machen oder die schon bestehenden Aktivitäten stärken wollen.

Es müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen:

- Um nachhaltige Strukturen zu ermöglichen, brauchen die Kommunen zum einen einen größeren Einfluss bei der Ausgestaltung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, zum anderen müssen die finanziellen Handlungsspielräume gewährleistet werden. Befristete Projektfinanzierungen können zwar Anregungen geben, sie können aber einen dauerhaften und verlässlichen Finanzierungsrahmen nicht ersetzen. Die Sozialausgaben der Kommunen steigen weiter ungebrems an, neue milliardenschwere Rechtsansprüche stehen im Raum. Die Kommunen können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn Bund und Länder ihnen eine ausreichende Finanzausstattung zur Verfügung stellen. Ansonsten wird die Heterogenität weiter zunehmen zulasten der Einwohnerinnen und Einwohner.
- Die unterschiedlichen Herausforderungen in den Kommunen erfordern ein flexibel gestaltetes Leistungsrecht. Nicht die Fördersystematik darf die Handlungsoptionen vorgeben, sondern der tatsächliche Bedarf vor Ort. Versäulungen müssen nicht nur in den Kommunen, sondern auch in den Förderstrukturen und in den Sozialgesetzbüchern vermieden werden.

0. Hinführung

In der älter werdenden Gesellschaft nimmt auch die Zahl der Personen, die mit einer kognitiven Beeinträchtigung (Demenz) leben, zu. Der Gesellschaft stellt sich daher die Frage, wie für diese Personengruppe adäquat Unterstützung und Teilhabemöglichkeiten geboten werden können. Die Ebene, auf der dies geschehen muss, ist der lokale Raum. Folglich gewinnt das Thema immer stärkere Relevanz für die Kommunen.

Der besonderen Bedeutung der Kommune mit Blick auf das Thema Demenz wurde in den zurückliegenden Jahren unter anderem durch Programme und Initiativen wie die „demenzfreundlichen Kommunen“ (Robert Bosch Stiftung/Aktion Demenz) und „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ (BMFSFJ) Rechnung zu tragen versucht. In beiden Programmen, aus denen nicht zufällig viele der in dieser Publikation angeführten Praxisbeispiele stammen, wurde der Fokus auf die Personengruppe der Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung gerichtet. Gleichwohl besteht Übereinstimmung in der Auffassung, dass Maßnahmen für diese Ausschnitte der Bevölkerung Teil übergreifender Strategien auf kommunaler Ebene sein müssen. Nur so kann die demografische Herausforderung bewältigt und können *Sorgende Gemeinschaften* (*Caring Communities*) geschaffen werden.

Zum Thema Kommunen (sowie Alter, Sozialraum- und Quartiersentwicklung) existieren bereits zahlreiche Veröffentlichungen. Die vorliegende Handreichung wird daher bei Bedarf auf andere Publikationen und Quellen verweisen und sich auf ihr spezielles Anliegen konzentrieren.

Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung bringt in prägnanter Weise auf den Punkt, was zur Frage der Sorge und Mitverantwortung in der Kommune gesagt werden muss. In dieser Publikation wird daher oftmals Bezug auf ihn genommen werden.

Ziel und Zielgruppe der Handreichung

Die Handreichung will in knapper Form Ansatzpunkte für ein Aufgreifen des Themas „Menschen mit demenzieller Beeinträchtigung“ auf lokaler Ebene aufzeigen und Handlungsanregungen durch die Darstellung von Gute-Praxis-Beispielen vermitteln. Sie wendet sich an alle, die vor Ort potenzielle Akteure sind: an die kommunale Politik und Verwaltung, an engagierte Bürgerinnen und Bürger (z. B. Bürgervereine), an betroffene Menschen (Selbstvertretung), an Kirchen und Vereine und an Leistungserbringer im Bereich sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen.

Kurz erklärt: Demenz

Eine Demenz, besser: ein demenzielles Syndrom, wird in der Regel als Folge einer chronischen oder fortschreitenden Krankheit des Gehirns definiert, was eine Reihe von schwerwiegenden Konsequenzen hat. Dazu zählen beispielsweise Störungen von Gedächtnis, Denken, Orientierung, Auffassung, Urteilsvermögen und mehr. Weil Demenz von der Wortbedeutung her als diffamierend verstanden werden kann (ohne Geist, weg vom Geist), zu ungenau für die Vielzahl sehr individueller Phänomene ist und bei vielen Menschen Angst und Abwehr auslöst, ist dieser Begriff sehr kritisch zu betrachten. Wir verwenden ihn gelegentlich in dieser Handreichung, weil er nach wie vor weit verbreitet ist, bevorzugen jedoch Bezeichnungen wie kognitive Beeinträchtigung oder Behinderung.

1. Worum es geht

1.1 Papa Schulz und die Osterstraße

Ein alter Mann läuft langsam eine belebte Straße entlang. Hier und dort bleibt er einen Moment stehen und betrachtet interessiert die Auslagen der Geschäfte. Immer wieder grüßen ihn Menschen freundlich und immer wieder erwidert er sichtlich erfreut diese Grüße. Der Besitzer eines Imbisses spricht ihn an und es entwickelt sich eine kurze Plauderei. Dann setzt der Mann seinen Weg fort. Eine ganz normale und unspektakuläre Alltagsszene, mag man denken. Und doch ist etwas besonders an der geschilderten Situation. Denn bei dem Flaneur handelt es sich um einen älteren Herrn, der mit einer demenziellen Beeinträchtigung und ihren Erscheinungsformen lebt: Das Gedächtnis will nicht mehr richtig mitspielen und die Orientierung im Alltag funktioniert auch nicht mehr wie früher. Und dennoch scheint der Mann, der allein in einer Mietwohnung in Hamburg lebt, sich bei seinem Spaziergang gut zurechtzufinden und wohlzufühlen.

Papa Schulz, wie der alte Herr genannt wird, ist der Protagonist des Films „Papa Schulz und die Osterstraße“, den sein Schwiegersohn produziert hat. In der Filmdokumentation geht es um Demenz, das Altwerden in der Stadt und die Verantwortung von Stadtplanung und Politik für ein menschenwürdiges Miteinander. Papa Schulz kann trotz seiner kognitiven Beeinträchtigung und spezieller Verhaltensweisen in seinem Wohnumfeld, der Hamburger Osterstraße, zurechtkommen und Teil der dort lebenden *bunten* Gemeinschaft und Nachbarschaft bleiben. Damit thematisiert der Film beispielhaft, worum es in dieser Handreichung geht: die Frage, wie unsere Kommunen so gestaltet werden können, dass sie auch für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ein unterstützendes soziales Umfeld darstellen, in das sie einbezogen bleiben und in dem es sich gut leben lässt.

Angesprochen werden in dem Film drei Dimensionen, die für unser Thema wichtig sind:

- die Beschaffenheit des städtebaulichen Umfelds,
- die Qualität der sozialen Beziehungen sowie
- das Vorhandensein notwendiger Unterstützungsleistungen.

Alle drei Dimensionen sind entscheidend für das Gelingen der oben genannten Ziele.

1.2 Wer sorgt, damit man sich nicht sorgen muss?

Kommune, Daseinsvorsorge und Zivilgesellschaft

Fast alle älteren Menschen, insbesondere solche mit körperlichen und kognitiven Beeinträchtigungen, konzentrieren ihren Lebensmittelpunkt sowie ihren Aktionsradius überwiegend auf das unmittelbare räumliche Umfeld. Nicht nur die Wohnung, sondern auch der Stadtteil oder ein kleiner Teil davon sowie im ländlichen Raum das Dorf werden immer wichtiger. Hier verbringt man den Tag und gestaltet man seinen Alltag. Hier versorgt man sich mit Dienstleistungen und hier pflegt man seine sozialen Kontakte. Hier erlebt man sich als ausgeschlossen vom Leben der anderen oder als Teil der Nachbarschaft und der sozialen Gemeinschaft. „*Teilhabe und Lebensqualität im Alter hängen also nicht nur von bundesweit einheitlich geregelten Strukturen (etwa der Sozialversicherung) ab, sondern in großem Maße auch von der lokalen Infrastruktur und den sozialen Netzen am Wohn- und Lebensort.*“¹ Damit gewinnt die lokale Handlungsebene eine immer größere Bedeutung. Und damit rücken die Kommunen immer stärker als relevante Akteure und Gestalter tragfähiger Unterstützungs- und Sozialstrukturen in den Blick.

Kommune und Daseinsvorsorge

Kommunen sind Gebietskörperschaften, die die kleinste politisch-räumliche Verwaltungseinheit im Aufbau des Staates darstellen. Manchmal werden sie auch als Gemeinde oder als politische Gemeinde bezeichnet. Mit ihrer Bürgermeisterin oder ihrem Bürgermeister und den entsprechenden Verwaltungsorganen haben sie im Rahmen entsprechender Gesetze die Aufgabe, sowohl Infrastruktur bereitzustellen als auch Daseinsvorsorge zu betreiben.

Oftmals wird unter Daseinsvorsorge eine Grundversorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen wie die Versorgung mit Wasser oder die Abwasser- und Abfallentsorgung verstanden. Eine solch reduzierte Definition ist heute aber kaum noch tragbar. In einem modernen Verständnis beinhaltet die Daseinsvorsorge neben einer Grundversorgung im o. g. Sinne auch die Befriedigung gehobener Bedürfnisse und solche Leistungen, die das Leben *verschönern*, also zur Lebensqualität beitragen.² Das beinhaltet wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dienstleistungen, sowie je nach Interpretation auch die Möglichkeit zur sozialen Teilnahme am Gemein-

¹ BMFSFJ (Hrsg.): *Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts*. Berlin 2017.

² Ernst Forsthoff: *Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland*. München 1971.

wesen. Der aus dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 I GG) abgeleitete Begriff ist durchaus unscharf, findet sich aber seit Anfang der 1990er-Jahre sowohl in Bundes- als auch in Landesgesetzen.

Erweitertes Verständnis

Wenn in dieser Handreichung die Rede von der Kommune ist, wird darunter nicht nur die politisch-geografische Verwaltungseinheit verstanden. Auch werden Politik und Verwaltung nicht als alleinige Adressaten und Akteure verstanden. Eingebunden in ein Verständnis von Bürgerbeziehungsweise Zivilgesellschaft wird die Kommune auch als der Raum verstanden, in dem Staat, Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und soziale Dienstleistungserbringer gemeinsam Verantwortung übernehmen und in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge zusammenwirken. Oftmals wird das auch als Koproduktion bezeichnet.

Gestaltungsrahmen

Politische Entscheidungen und rechtliche Veränderungen wie beispielsweise die Ökonomisierung des Pflegesektors oder die Einführung des SGB XI haben in der Vergangenheit zu veränderten Kompetenzen der Kommunen bei der Daseinsvorsorge geführt. Darüber, dass diese Entwicklung korrigiert werden muss und den Kommunen wieder mehr Kompetenzen und Ressourcen zugeordnet werden müssen, besteht unter Fachleuten seit langer Zeit Einigkeit. Auch der Siebte Altenbericht macht eindeutige Aussagen.³

Unabhängig davon trifft es keineswegs zu, dass die Kommunen mit Blick auf die Gestaltung sozialer Unterstützungsstrukturen keinerlei Einfluss hätten. Das zeigen allein die Beispiele aller Kommunen, die sehr vorbildhaft ihre Sorgefunktion in diesem Bereich wahrnehmen. Sind sie in der Regel selbst kaum Anbieter sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen, obliegt ihnen doch die Koordinierungs- und Managementverantwortung bei der Daseinsvorsorge. Sie sind aufgrund ihrer neutralen Funktion und Selbstverwaltungskompetenz die Institution, die Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Dienstleistungsanbieter verknüpfen, vernetzen, unterstützen und zum gemeinsamen Tun mobilisieren müssen. *„Letztlich wird die kommunale Daseinsvorsorgeplanung so zu einem integrierten und zentralen Bestandteil einer Stadt-, Gemeinde- oder Ortsentwicklungsplanung, die fachübergreifend, integrativ und diskursiv ist. Geht es um die Umsetzung, rückt bei vielen Handlungsfeldern das Quartier beziehungsweise Dorf als Lebens- und Gestaltungsraum in den Blickpunkt.“*⁴

³ Siehe hierzu auch: *Deutscher Bundestag: Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften.* 2016.

⁴ Deutscher Bundestag, a. a. O., S. 39.

Mit Blick auf ältere und beeinträchtigte Menschen nehmen Kommunen ihre Steuerungs- und Gestaltungsfunktion unterschiedlich stark wahr. Dort, wo Politik und Verwaltung die Relevanz der demografischen Thematik noch nicht im erforderlichen Maße wahrnehmen, müssen es andere sein, die *den ersten Stein werfen*. So können auch engagierte Bürgerinnen und Bürger die Initiative ergreifen, um einen Prozess anzustoßen, dem sich die politisch Verantwortlichen letztlich nicht verschließen können. Das Ergebnis sollte in jedem Fall ein gemeinsames Handeln auf der Grundlage des zivilgesellschaftlichen Konzepts der *geteilten Verantwortung* sein.

1.3 Auf die Sprünge helfen

Förderprogramme als Katalysatoren

Mittlerweile gab und gibt es in Deutschland eine Reihe von Modell- und Förderprogrammen, mit denen regionale Entwicklungsprozesse angestoßen und modellhafte Konzepte erprobt werden soll(t)en. Diese hatten und haben dabei unterschiedliche Schwerpunkte: Mal geht es um die Quartiersentwicklung, mal um neue Wohn- und Betreuungsformen und ein anderes Mal um den ländlichen Raum.⁵

Für sie alle, auch für die nachstehend genannten, gilt jedoch: Förder- und Modellprogramme können eine wichtige Anstoßfunktion für lokale Prozesse haben und dazu beitragen, neue Erkenntnisse zu gewinnen. Sie können jedoch nicht verlässliche Finanzierungsgrundlagen ersetzen, die für eine stärkere Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge für ältere und beeinträchtigte Menschen unerlässlich sind. Nicht *Projektitis*, wie es auf der Bremer Konferenz „Demenz und Kommune“⁶ formuliert wurde, ist langfristig gefragt, sondern die rechtliche, politische und auch finanzielle Stärkung der Kommunen.

Mit Blick auf demenziell veränderte Bürgerinnen und Bürger waren zwei Förderprogramme wichtig:

⁵ Siehe auch die Links im Anhang, S. 70.

⁶ BMFSFJ: Bremer Konferenz.

<https://www.lokale-allianzen.de/projekte/treffen-der-lokalen-allianzen/fachkonferenzen.html>

Förderprogramm „Menschen mit Demenz in der Kommune“

Die Aktion Demenz e.V. führte insgesamt drei Auflagen des Förderprogramms der Robert Bosch Stiftung „Menschen mit Demenz in der Kommune“ durch. Im Rahmen der Ausschreibung unterstützte die Robert Bosch Stiftung lokale Projekte, in denen Demenz als Thema aufgegriffen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Begleitung und Beteiligung von Menschen mit Demenz angestoßen und umgesetzt wurden. Es wurden insgesamt 78 Antragsteller für eine Förderung ausgewählt.⁷ Die Initiativen konnten bis zu 15.000 Euro für ihre Arbeit erhalten. Insgesamt stellte die Robert Bosch Stiftung rund eine Million Euro Fördergelder zur Verfügung. Die Erfahrungen aus dem Programm wurden in einer Veröffentlichung zusammengefasst.⁸ Die Aktion Demenz fungiert weiterhin als Ansprechpartner für lokale Initiativen (DfK).

Förderprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“

Mit dem Förderprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ hat das BMFSFJ zwischen 2012 und 2018 Maßnahmen gefördert, die

1. zum Aufbau lokaler Zusammenschlüsse (Hilfegemeinschaften) verschiedener gesellschaftlicher Akteure beitragen sollen,
2. die konkrete Vereinbarungen treffen zur Verbesserung der Einbeziehung, Hilfe und Unterstützung von Demenzbetroffenen und ihren Angehörigen und
3. die ihre Vorstellungen in die Praxis umsetzen.

Insgesamt 500 Projekte wurden über einen Zeitraum von zwei Jahren mit jeweils 10.000 Euro gefördert. Das Spektrum der geförderten Projekte ist breit.⁹ Es reicht von einzelnen Betreuungsangeboten über gezielte Öffentlichkeitsmaßnahmen bis hin zum Aufbau und zur Pflege lokaler Netzwerkstrukturen. Voraussetzung für eine Förderung war in jedem Fall ein positives Votum der jeweiligen Kommune. In zahlreichen Fällen war die Kommune selbst Träger des geförderten Projekts. Das Thema ‚Demenz und Kommune‘ wurde 2018 im Rahmen einer Fachkonferenz

⁷ <https://www.aktion-demenz.de/index.php/foerderprogramm/projektauswahl>

⁸ Verena Rothe/Gabriele Kreutzner/Reimer Gronemeyer: Im Leben bleiben. Unterwegs zu demenzfreundlichen Kommunen. Bielefeld 2015.

⁹ <https://www.lokale-allianzen.de/projekte/projekte.html>

der Lokalen Allianzen bearbeitet.¹⁰ Die Arbeit der Lokalen Allianzen wird nach Beendigung des Förderprogramms von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) koordiniert.

In den beiden vorgestellten Förderprogrammen standen Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung als Zielgruppe der Maßnahmen im Fokus. Ziel war es, für diese besonders von Stigmatisierung und Ausgrenzung betroffene Personengruppe verbesserte Lebensbedingungen auf lokaler Ebene zu schaffen. Wenn spezielle Problemstellungen oder Zielgruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt zum Thema gemacht werden müssen, weil sie bis dahin nur wenig oder keine Aufmerksamkeit erfahren, ist eine Fokussierung auf sie sinnvoll. Gleichwohl sollen und können kommunale Strategien zur Entwicklung einer *Sorgenden Gemeinschaft* immer nur auf *alle* Bürgerinnen und Bürger bezogen sein, wobei spezielle Gruppen oder Bedarfe allenfalls mehr Aufmerksamkeit erfordern als andere. In diesem Sinne geht es aber weniger um die Schaffung einer *demenzfreundlichen Kommune* oder eines *demenzsensiblen Quartiers*, sondern vielmehr um die Herausbildung einer lokalen *Sorgenden Gemeinschaft*, in der auch Menschen mit kognitiven Einschränkungen und ihre Bezugspersonen adäquat berücksichtigt werden und einbezogen sind.

1.4 Wegstrecken

Varianten der Themenbearbeitung auf kommunaler Ebene

Auch wenn es also um eine integrierte statt um eine selektive kommunale Strategie gehen muss, stellt die Zielgruppe demenziell veränderter Menschen eine besondere Herausforderung dar. Sie bedarf besonderer Überlegungen mit Blick auf die Aspekte der Information, der Unterstützung, der Ansprache und der Einbeziehung. Grob betrachtet, lassen sich in den Kommunen unter dem Aspekt ihres Engagements in diesem Bereich folgende Formen finden:

¹⁰ BMFSFJ, a. a. O., S. 12.

<https://www.lokale-allianzen.de/projekte/treffen-der-lokalen-allianzen/fachkonferenzen.html>

- **In der Kommune ist das Thema Demenz kein Thema.**
Auch wenn an der Brisanz der demografischen Frage nicht gezweifelt werden kann, stehen in der Kommune andere Themen im Fokus und die demografischen Veränderungen inklusive der Demenz finden keine weitere Beachtung.
- **In der Kommune wird das Thema nur sporadisch angegangen.**
So finden gelegentlich einmal Veranstaltungen oder Aktionen statt, diese sind aber diskontinuierlich und in keine weitergehende Strategie eingebunden. Demenz wird vorrangig als Pflgethema betrachtet, dem mit Leistungen der ambulanten oder der stationären Betreuung zu begegnen versucht wird.
- **In der Kommune gibt es verbindlichere Strukturen, in denen das Thema bearbeitet wird.**
Das Thema ist grundsätzlich als Thema angekommen und es haben sich Strukturen entwickelt – Arbeitskreise, Netzwerke und dergleichen mehr –, die sich seiner annehmen. Der Grad der Verbindlichkeit differiert ebenso wie die formulierten Aufgabenstellungen und Handlungsformen. Oftmals findet man hier Informations- und Aufklärungskampagnen sowie Bemühungen, das lokal vorhandene Unterstützungsangebot bekannt zu machen und besser zu koordinieren.
- **In der Kommune hat man eine Altenhilfe oder Pflegeplanung auf den Weg gebracht.**
Die Kommune stellt sich der demografischen Herausforderung und versucht, dieser durch eine längerfristig angelegte Planung im Bereich der Altenhilfe und der pflegerischen Versorgung gerecht zu werden. Das Thema Demenz kann hier unterschiedlich stark Berücksichtigung gefunden haben. Auch hier gilt jedoch, dass es oft auf ein pflegerisches und versorgungsbezogenes Problem reduziert wird.
- **In der Kommune hat man eine kommunale Entwicklungsplanung (als Sozialraumplanung) auf den Weg gebracht.**
Einen deutlichen Schritt weiter gehen andere Kommunen. Sie gehen eine übergeordnete kommunale Entwicklungsplanung als sozialräumliche Planung an. Im Rahmen der untergeordneten Fachplanungen (Ressorts) gibt es im Sozialbereich eine Altenhilfe oder Pflegeplanung. Hier ist das Thema Demenz integraler Bestandteil.

Relevante Unterscheidungsmerkmale des Umgangs mit dem Thema Demenz auf kommunaler Ebene betreffen weiterhin die folgenden Aspekte:

- Koordinierende Funktion: Wie stark sieht sich die Kommune in der Praxis verantwortlich für die Vernetzung, Moderation und Mobilisierung von Engagement und Aktivitäten?
- Partizipation: Stehen partizipative Arbeitsweisen im Vordergrund, die das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Dienstleistungsanbieter sowie von Politik und Verwaltung zu einer geteilten Verantwortung bündeln?
- Netzwerke: Konzentriert man sich beim Aufbau von Netzwerken auf Versorgungsnetzwerke professioneller Institutionen und Dienstleistungserbringer oder entwickelt man Netzwerkstrukturen, die ein Abbild der lokalen Zivilgesellschaft darstellen?
- Unterstützungsstruktur: Gibt es eine tragfähige Struktur an Unterstützungsangeboten, die sowohl Betreuung und Entlastung als auch Aktivität und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht?

Alle genannten Arten des Handelns, oft in Mischform, lassen sich auch in den Projekten finden, die im Rahmen der verschiedenen Förderprogramme unterstützt worden sind. Auf dem Hintergrund der dort und an vielen anderen Stellen der Republik gemachten Erfahrungen werden im Folgenden die zentralen Bausteine einer kommunalen Strategie dargestellt, die

- auf die Schaffung einer *Sorgenden Gemeinschaft*
- und in diesem Rahmen auf die Einbeziehung der Bedarfe und Interessen der Gruppe älterer, pflegebedürftiger und kognitiv beeinträchtigter Menschen abzielen.

Dabei wird sowohl die Ausgangsoption A (bisher keine Auseinandersetzung mit diesem Thema in der Kommune) als auch die Ausgangslage B (Auseinandersetzung erfolgt bereits in unterschiedlicher Form und Qualität) ins Auge gefasst.

2. Kommunale Strategie: Menschen mit Demenz zum Thema einer *Sorgenden Gemeinschaft* machen

2.1 Jede lange Reise ...

...beginnt mit dem ersten Schritt

Kommunen haben nicht automatisch das Thema Demenz auf der politischen Agenda an prominenter Stelle platziert. Der Anlass, dies zu ändern, kann sehr unterschiedlich sein. Nicht selten ist es die persönliche Betroffenheit eines politischen Verantwortungsträgers, die den Blick auf das Thema lenkt. Oft geben Zahlen den Ausschlag: Die für die Gesellschaft des langen Lebens typische Zunahme des Anteils an Bürgerinnen und Bürgern mit kognitiven Einschränkungen betrifft letztendlich jede Kommune: die eine früher, die andere später. Manchmal sind es negative Vorkommnisse, wenn beispielsweise eine desorientierte Person verloren geht, die aufhorchen lassen. Oder aber vor Ort haben sich Angehörige, Profis und andere engagierte Bürgerinnen und Bürger zu Wort gemeldet und den Stein ins Rollen gebracht.

Was auch immer den Anstoß gegeben haben mag: Der erste Schritt wird immer darin bestehen, in einem vorerst noch kleinen Kreis zu beratschlagen, was geschehen soll. Von Vorteil ist, wenn die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Initiative ergreift und dem Thema dadurch Relevanz attestiert. Teil einer solchen ersten Runde sollten von Amts wegen die zuständigen Personen aus den Ressorts sein, die unmittelbar mit dem Thema Demenz zu tun haben, hier insbesondere aus dem Altenhilfe- und dem Gesundheitsamtsbereich. Klar ist, dass dies in den kommenden Arbeitsphasen erweitert werden muss, um Vertreterinnen und Vertreter aus Ressorts wie der Stadtplanung oder dem Kulturbereich. Denn Demenz ist kein Pflgethema, sondern ein **Lebensthema**. Das heißt: ein Querschnittsthema durch alle Lebens- und damit auch durch alle Amtsbereiche. Doch ist nicht allein die Verwaltung angesprochen. Daher ist zu überlegen: Welche weiteren Akteure sollen in die kommenden Schritte einbezogen werden? Angesprochen sind hier beispielsweise die Bereiche der Selbsthilfe, der Seniorenvertretungen oder der Bürgervereine. In dieser Phase sollte es jedoch nicht um Repräsentativität oder Vollständigkeit gehen, sondern darum, engagierte Mitdenkerinnen und Mitdenker für die Anfangsphase eines Prozesses zu gewinnen. Wenn es zu einem späteren Zeitpunkt um die Bildung arbeitsfähiger lokaler Netzwerke geht, stellt sich die Frage danach, wer zu involvieren ist, noch einmal neu und breiter. Gerade für die Anfangsphase der Überlegungen ist es wichtig, die Interessen von Dienstleistungsanbietern erst einmal hintanzustellen. Zu groß ist sonst die Gefahr, dass diese Interessen von vornherein die weiteren Überlegungen beeinflussen und sich in Richtung auf Pflege- und Versorgungsfragen konzentrieren.

Aufgabe des wie auch immer gearteten *Anstifterkreises* ist es, die folgenden Fragen zu klären:

- *Worum geht es?*
Idealtypisch müsste die Antwort auf diese Frage lauten: Es geht um die Schaffung einer *Sorgenden Gemeinschaft (Caring Community)*, in der Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und ihre Kümmerer einbezogen sind. Oder auch: Es geht um die Einbeziehung der bis dato vernachlässigten Zielgruppe der Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und ihre Kümmerer in die bereits lebendige *Caring Community*.
- *Was ist zu tun?*
Welche Aspekte berührt die oben gestellte Frage (Versorgungsstruktur, Teilhabe, stützendes Umfeld u. v. m., welche Schritte sind anzugehen und wer wird dafür benötigt?

Bei diesen Schritten wird es sich in der Regel um die nachfolgend genannten handeln, wobei die Reihenfolge teilweise variabel und eine parallele Bearbeitung möglich ist.

Sorgende Gemeinschaft:

„Eine ‚Sorgende Gemeinschaft‘ ist das gelingende Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern, Staat, Organisationen der Zivilgesellschaft und professionellen Dienstleistern in der Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Aufgaben.“¹¹

„Die Vision einer ‚sorgenden Gemeinschaft‘ ist also die einer Solidargemeinschaft, in der Menschen wieder mehr Verantwortung füreinander übernehmen, insbesondere für Menschen, die besonders verletzlich sind und die auf Pflege und Unterstützung angewiesen sind (...). In ‚sorgenden Gemeinschaften‘ wird die Verantwortung für den anderen nicht delegiert, etwa an die Pflegeversicherung, sondern sie ist in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt, in den Familien, den Nachbarschaften, den Vereinen, den Kirchengemeinden.“¹²

¹¹ https://www.iss-fm.de/lebenswelten/zusammenhalt/m_379

¹² Thomas Klie: „Damit aus Fremden Nachbarn werden“, in Pro Alter, Nov./Dez. 2015, S. 38.

2.2 Alle mal hinschauen!

Situationscheck: Wo stehen wir?

Dort, wo eine Kommune sich quasi vom Nullpunkt aus auf den Weg machen will, ergibt sich der folgende Schritt: Es braucht einen Situationscheck: Wo stehen wir und worauf können wir bereits zurückgreifen? Erst die Beantwortung dieser Fragen führt zur Identifizierung von Lücken, zu Zielen und zu Maßnahmen auf dem Weg dahin. Die Situationseinschätzung sollte mehrschichtig angelegt sein:

- *Auf Verwaltungsebene:* Welche Stellen, Personen und Ressorts sind in welcher Form mit dem Thema oder der Zielgruppe Menschen mit Demenz befasst? Welche Schnittstellen gibt es? Wo gibt es Reibungspunkte? Erfolgt Kommunikation und Abstimmung zwischen den beteiligten Akteuren und Stellen? In eher zufällig-sporadischer oder strukturierter und kontinuierlicher Form?
- *Auf der Ebene von Angeboten:* Welche Unterstützungsangebote gibt es auf lokaler Ebene (Beratungsstellen, ambulante Dienste, stationäre Einrichtungen u. v. m.)? Was fehlt augenscheinlich? Erfolgt Kommunikation und Abstimmung zwischen den beteiligten Akteuren (kommunale Stellen, Bürgervereine, Dienstleistungsanbieter und mehr)? In eher zufällig-sporadischer oder strukturierter und kontinuierlicher Form? Gibt es Daten über die Inanspruchnahme und Bewertung der Unterstützungsangebote?
- *Auf der Ebene des Bürgerengagements:* Wie ist das Bürgerengagement (BE) vor Ort ausgebildet? In welcher Form gibt es BE im Bereich der Altenhilfe und des Themas Demenz? Wie wird das BE in der Kommune unterstützt und gefördert?
- *Auf der Ebene der Öffentlichkeit:* Ist Demenz in der Öffentlichkeit ein Thema? Wird in den lokalen Medien darüber berichtet (und wie)? Gibt und gab es öffentliche Veranstaltungen und Aktionen? Eher sporadisch oder regelmäßig?
- *Auf der Ebene von Netzwerken:* Existieren in der Kommune Netzwerkstrukturen zu Themenfeldern wie Alter, Gesundheit, Prävention u. Ä.? Welche Rolle spielt dort das Thema Demenz? Erfolgt Kommunikation und Abstimmung zwischen den Netzwerken? Welche Rolle nimmt die Kommune im Rahmen der Netzwerke wahr?

- *Auf der Ebene von Selbsthilfe und Selbstvertretung:* Gibt es Selbsthilfeangebote zum Themenfeld Demenz? Für Angehörige oder auch für die direkt Betroffenen? Welche Selbstvertretungsstrukturen im Bereich Seniorinnen und Senioren existieren (z. B. Seniorenvertretung)? Welche Rolle spielen dort die Interessen von Menschen mit demenzieller Beeinträchtigung?

Oft wird in der Praxis der Situationscheck auf die Auflistung der vorhandenen Versorgungseinrichtungen und Angebote beschränkt. Das reicht jedoch nicht aus. Für die Bürgerinnen und Bürger ist eine solche Übersicht (die jedoch nicht zu eng auf Versorgungsaspekte begrenzt sein sollte) sicherlich hilfreich und könnte in einem späteren Schritt entwickelt werden (→ Kapitel 2.5.1 Demenzatlas, Demenzlotse, Ratgeber).

Ein Situationscheck in der vorgeschlagenen Art kann von einer zu diesem Zeitpunkt noch überschaubaren Initiativgruppe ausgehen oder sich als Vorhaben eines größeren lokalen Netzwerkes herauskristallisieren (→ Kapitel 2.4 Vom Knüpfen und Weben).

Das Ganze niedrigschwellig halten! Eine Bestandsaufnahme, die erst einmal einen riesigen zeitlichen Vorlauf benötigt, verzögert den Prozess unnötig. Zu einem späteren Zeitpunkt kann durchaus noch einmal eine tiefergehende Bestandsaufnahme ins Auge gefasst werden, für die dann gegebenenfalls Partner wie Hochschulen (z. B. Soziale Arbeit) ins Boot geholt werden.

2.3 Wie soll das Alter werden?

Einladung zum Diskurs

Alter, zumindest dann, wenn es mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sowie mit Pflegebedürftigkeit verbunden ist, kann schnell zum Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben und dazu führen, dass man aus seinem lokalen Umfeld herausgerissen wird. Exklusion kann dabei sowohl ambulant betreut in der eigenen Wohnung erfolgen, die man nicht mehr verlassen kann, als auch in einer stationären Pflegeeinrichtung, die mit dem Leben im Gemeinwesen kaum oder gar nicht verknüpft ist. Und im ländlichen Raum bedeutet der Eintritt von Pflegebedürftigkeit oder demenzieller Beeinträchtigung zudem oftmals den Abschied aus der Stadt oder dem Dorf, in dem man verwurzelt ist. So zum Beispiel dann, wenn eine notwendig gewordene Betreuungseinrichtung nur in einer größeren Kreisstadt oder Nachbargemeinde existiert.

Wie Alter und Pflegebedürftigkeit als Herausforderung angegangen werden und welche Unterstützungsformen und Strukturen dafür geschaffen werden: Das entscheiden oftmals kommunale Politik und Verwaltung, Dienstleistungsanbieter und Trägerverbände sowie Sozialhilfeträger und Pflegekassen. Doch ist die Frage, wie das Leben in einer Kommune mit Blick auf Alter und Beeinträchtigungen gestaltet werden soll, eine Frage, die vor allem die Betroffenen selbst existenziell betrifft: die Bürgerinnen und Bürger. Auf dem Hintergrund eines zivilgesellschaftlichen Verständnisses tun also die politisch Verantwortlichen in der Kommune gut daran, diese Frage zu einem Thema der öffentlichen Diskussion vor Ort zu machen und die Bürgerinnen und Bürger aktiv darin einzubeziehen. Es stellt eine altbekannte Erkenntnis dar, dass fast alle älteren und in welcher Weise auch immer beeinträchtigten Menschen sich wünschen, in ihrem angestammten Umfeld verbleiben und Teil der lokalen Gemeinschaft bleiben zu können sowie nicht in ein Heim übersiedeln zu müssen. Dieser in Umfragen und Studien sowie in tagtäglichen Erfahrungen immer wieder bekräftigte Bürgerwille sollte von den kommunalpolitisch Verantwortlichen als Verpflichtung verstanden werden, in einem partizipativen Diskussions- und Entwicklungsprozess die Grundlagen für die möglichst dichte Annäherung an dieses Ziel zu schaffen.

Doch nicht nur die Politik ist gefordert. Auch die Bürgerinnen und Bürger selbst müssen erkennen, dass existenzielle Fragen wie die des Lebens im Alter nicht länger einfach an Verwaltungen, professionelle Institutionen und Träger sowie Sozialleistungsträger delegiert werden können. Es macht gerade das Wesen einer Zivilgesellschaft aus, dass die Bürgerinnen und Bürger sich solch relevanter Fragen aktiv annehmen. Und es steht der Kommune gut an, solches Engagement durchaus offensiv einzufordern.

Die Verantwortung für den Generationenvertrag übernehmen

Im 3.400-Einwohner-Dorf Eichstetten in Südbaden wurde bereits vor vielen Jahren vom damaligen Bürgermeister Gerhard Kiechle die Frage „Wie können wir es schaffen, dass kein älterer Mensch unsere lokale Gemeinschaft verlassen muss, wenn er pflegebedürftig wird oder sich demenziell verändert?“ aufgeworfen. In vielen Besprechungen unter Einbeziehung interessierter Bürgerinnen und Bürger und der örtlichen Institutionen wurde gemeinsam ein Konzept mit dem Inhalt **„Das Dorf übernimmt den Generationenvertrag“** entwickelt. Es wurde schnell deutlich, dass vor Ort die Bereitschaft besteht, Verantwortung für die Dorfgemeinschaft zu übernehmen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich seitdem an der Entwicklung ihres Gemeinwesens. Gemeinsam mit der Verwaltung und dem Gemeinderat von Eichstetten sind sie in Bürgergremien, Arbeitskreisen und Projekten aktiv. Die Dorfgemeinschaft betrachtet es als ihre Aufgabe, ältere Menschen zu integrieren, zu betreuen und zu pflegen. Aus diesem Grund wurde im März 1998 die Bürgergemeinschaft Eichstetten e.V. gegründet, mit deren Hilfe ein Netz hauswirtschaftlicher, pflegerischer und betreuender Hilfen aufgebaut werden konnte (rund 430 Eichstettener Haushalte sind dort Mitglied). Zur geschaffenen Unterstützungsstruktur im Ort zählen zudem eine ambulant betreute Wohngemeinschaft, eine Tagespflege und ein Betreutes Wohnen. Interessant ist, dass nicht nur alte Menschen von den Diensten der Bürgergemeinschaft profitieren, sondern auch Familien (Kernzeitbetreuung, Schulmensa, Mittagessensausgabe). Das Beispiel Eichstetten zeigt, wie eine Kommune sich in geteilter Verantwortung der demografischen Herausforderung stellen und tragfähige Strukturen einer *Sorgenden Gemeinschaft* entwickeln kann.

www.buergergemeinschaft-eichstetten.de

www.youtube.com (Suchbegriff: Bürgergemeinschaft Eichstetten: Alt werden im Dorf)

*„Vor allem die Gemeinden im ländlichen Raum stehen vor großen Herausforderungen durch den demographischen Wandel. Es geht darum, die Dorfgemeinschaft neu zu entwickeln bzw. zu beleben durch solidarische Projekte in bürgerschaftlicher Verantwortung bzw. Mitwirkung. Wir brauchen ein lebendiges Miteinander der Generationen.“*¹³ Gerhard Kiechle, Bürgermeister a. D.

¹³ <http://www.spes.de/index.php?id=24>

Kein Abschieben aufs Abstellgleis

Im kleinen Dorf Vrees im Emsland hat der Bürgermeister (Heribert Kleene) ebenfalls die Initiative ergriffen: „*Es kann doch nicht sein, dass diejenigen, die Jahrzehnte unser Dorfleben gestaltet und getragen haben, unsere Dorfgemeinschaft verlassen müssen, wenn sie unsere Hilfe benötigen. Sie irgendwo in ein Heim ziehen müssen, wo sie fast niemanden kennen, es nur wenige Erinnerungen gibt, die miteinander geteilt werden können und somit nur wenig Gesprächsstoff. Das ist wie das Abschieben aufs Abstellgleis. Das ist unmenschlich und führt oft zu Krankheit und belastet zudem unsere Kassensysteme. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht.*“¹⁴

Fünf Ziele wurden formuliert:

- Verbleib im Dorf ein Leben lang
- Wohnen in den eigenen vier Wänden/Entlastung der Angehörigen
- Teilhabe an der Dorfgemeinschaft
- Gemeinschaftliches Wohnen im Alter
- Ehrenamtliches Engagement fördern

Ein mitten im Dorf neu erbautes Gemeindezentrum vereint Angebote des Wohnens und der Betreuung älterer Menschen mit einer Bibliothek, einem Café und anderen Angeboten unter einem Dach. Die alten und pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind immer mittendrin.

www.serviceportal-zuhause-im-alter.de (Suchbegriff: Wir für euch – Altwerden im Dorf)

Wie einen Dialog und Prozess starten?

Das Projekt Demografiewerkstatt Kommunen (DWK) hat das Ziel, Kommunen demografiefest zu machen. Es wurden nicht nur konkrete Kommunen begleitet und unterstützt, sondern es wurden auch *Werkzeuge* entwickelt, die es weiteren Kommunen ermöglichen sollen, von den Projekterfahrungen zu profitieren.

¹⁴ „Ein Dorf geht eigene Wege“, in: demenz. DAS MAGAZIN, 29/2016, S. 10.

- Eines dieser Werkzeuge ist der „**Dorfdialog**“. Er ist als Impuls zu verstehen, um die Dorfgemeinschaft zu aktivieren, und wendet sich an einen möglichst breiten Querschnitt der Bewohnerinnen und Bewohner. *„Zielgruppe des Werkzeugs ist die dörfliche Gemeinschaft, die daher jedem offensteht. Zusätzlich werden gezielte Veranstaltungsformate genutzt, zu denen unterschiedliche Akteurinnen und Akteure eingebunden werden. Das Werkzeug ‚Dorfdialog‘ ist ein dynamischer Prozess, der von Beginn an mit allen relevanten, zu beteiligenden Personen zu gestalten ist. Vorgespräche und erste Kontaktaufnahmen helfen dabei, die richtige Form des Dorfdialogs zu ermitteln. Ortsspezifische Belange sind dabei zu berücksichtigen. In der Regel sollte die Verwaltung als Anwenderin auftreten, um die Akzeptanz des Dorfdialogs zu fördern und möglichst alle Teile der Dorfgemeinschaft an dem Prozess zu beteiligen. Die direkte Ansprache von Multiplikatoren ist dabei unerlässlich. Darüber hinaus können Vereine, die themenübergreifend an der Entwicklung des Dorfes arbeiten, als Anwender/-innen auftreten.“*¹⁵

- Für den großstädtischen Raum, hier aber heruntergebrochen auf eine überschaubare Einheit, steht das Beispiel der **Bürger/-innen/werkstatt im Quartier** aus Dortmund.

*„In einer Werkstatt wird gehobelt, gefeilt, geschraubt – in dieser Analogie werden in einer Bürgerwerkstatt konkrete Ideen für ein Quartier diskutiert, bearbeitet, geplant. Mit der Ausrichtung auf die gemeinsame Bearbeitung von realisierbaren, dem Quartier angemessenen Praxisideen unterscheidet sich das Format von anderen Beteiligungsformaten, in denen beispielsweise Themen identifiziert oder Bedarfe erhoben werden. In einer Bürgerwerkstatt, wie sie hier als Beteiligungsformat beschrieben wird, diskutieren und prüfen die Teilnehmer/-innen ausgewählte Ideen und erarbeiten realistische Umsetzungsperspektiven im Quartier. Zudem werden die Bewohner/-innen und die Akteure im Quartier aktiviert und an der Umsetzung beteiligt. Die ausgewählten Ideen sind Umsetzungsvorschläge für die eigentlichen Beteiligungsziele, wie z. B. Vernetzung und sozialer Zusammenhalt.“*¹⁶

www.demografiewerkstatt-kommunen.de

¹⁵ www.demografiewerkstatt-kommunen.de (Suchbegriff: Dorfdialog)

¹⁶ Siehe Anmerkung 15.

Achtung: Bei den letztgenannten Beispielen geht es nicht nur um die Frage „Wie wollen wir im Alter leben?“ und schon gar nicht um „Wie wollen wir bei Demenz leben?“. Vielmehr geht es um die übergreifende Frage des sozialen Lebens im Dorf, im Quartier oder in der Stadt. Die Frage nach dem Alter ist in dieser übergreifenden Fragestellung jedoch enthalten. Allerdings muss auch darauf geachtet werden, dass sie es tatsächlich ist. Das gilt erst recht mit Blick auf das Thema kognitiver Veränderungen (Demenz).

Diskurse und Entwicklungsprozesse können immer nur partizipativ gestaltet werden. Das bedeutet, dass gezielt auch ältere Menschen sowie Menschen mit kognitiven Einbußen in diese einzubeziehen sind. Das erfordert jedoch neue, andere und vor allem fantasievolle Formen der Partizipation (→ Kapitel 2.11 Auf Augenhöhe).

2.4 Vom Knüpfen und Weben

Netzwerkstrukturen schaffen

Eine *Sorgende Gemeinschaft* braucht viele Beteiligte, die sich an ihrer Gestaltung beteiligen. Dieses Engagement sowie auch Angebote und Unterstützungsleistungen für die Menschen müssen zusammengeführt und aufeinander abgestimmt werden. Hierzu bieten sich Netzwerke an.

Wenn in einer Kommune die ersten Schritte hin zu einer *Sorgenden Gemeinschaft* gemacht und die Frage „Wie wollen wir im Alter leben?“ auf die Agenda gesetzt worden ist, gilt es, den begonnenen Prozess in stabile Arbeitsstrukturen zu überführen. Dazu kann der Aufbau eines Netzwerkes dienen. Als Netzwerk soll hier eine Gruppe von Menschen oder Institutionen verstanden werden, die durch gemeinsame Interessen miteinander verbunden sind und dazu ihre Aktivitäten aufeinander abstimmen sowie über ihre Einzelinteressen hinausgehend gemeinsame Ziele definieren und verfolgen. Ein solches Ziel könnte die Verbesserung der Situation und die Integration kognitiv beeinträchtigter Menschen und ihrer Kümmerer in das Gemeinwesen sein. Zu entscheiden wäre dann, ob dieses Ziel im Rahmen eines speziell darauf fokussierten Demenznetzwerkes oder in einem übergreifenden lokalen Netzwerk (z. B. Leben im Alter, inklusive Kommune) verfolgt werden soll. Dazu müsste im ersten Schritt betrachtet werden, welche Vernetzungsstrukturen es bereits in der Kommune gibt. Netzwerkarbeit ist wichtig, doch vielerorts treffen wir auf eine Reihe von Netzwerken, die nebeneinanderher arbeiten, obwohl

sich inhaltlich eine Reihe relevanter Überschneidungen ergibt. In diesem Fall können Netzwerke auch kontraproduktiv sein.

Demenznetzwerke können dann eine sinnvolle Variante sein, wenn es darum geht, erst einmal eine Aufmerksamkeit und Grundlage für die Arbeit an diesem Thema zu schaffen. Von kommunaler Seite, in deren Händen optimalerweise die Initiierung und Moderation von Netzwerkstrukturen liegen sollte, müsste jedoch von Beginn an strategisch überlegt werden, ob und wie man das Thema Demenz in übergreifende Netzwerke integriert. Denn kognitive Beeinträchtigungen sind eine Variante (nicht nur) des Alterns und Menschen mit demenzieller Problematik sind eine Personengruppe der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune. Gewährleistet werden muss jedoch, dass die spezifischen Belange der kognitiv beeinträchtigten Menschen in der jeweiligen Netzwerkarbeit adäquat Raum finden. So sind Modelle eines übergreifenden lokalen Netzwerkes *Sorgende Gemeinschaft* möglich, das mehrere Unternetzwerke unter seinem Dach vereint.

Wer ist im Netzwerk?

Netzwerke mit einer bestimmten Zielsetzung können nur dann erfolgreich sein, wenn in ihnen diejenigen Personen und Stellen mitarbeiten, die für die Zielerreichung notwendig sind. Der *Komposition* des Mitwirkendenkreises kommt daher zentrale Bedeutung zu. Es lohnt, sich über die richtige Zusammensetzung von vornherein gründlich Gedanken zu machen. Die Frage *Wer ist im Netzwerk?* beinhaltet nämlich eine weitere Frage: *Um was für ein Netzwerk soll es eigentlich gehen?* Und damit auch: *Welches Ziel verfolgt das Netz?*

Netzwerke im Feld des Alten- oder Demenzthemas lassen sich vereinfacht nach zwei Varianten unterscheiden: Es gibt Versorgungsnetzwerke, in denen sich vorrangig oder ausschließlich professionelle Institutionen und Anbieter von Versorgungsdienstleistungen zusammenfinden. Hier geht es um die bessere Koordination von Angeboten, auch um deren Weiterentwicklung. Die Perspektive ist jedoch immer eine professionell-institutionelle. Für die Entwicklung einer *Sorgenden Gemeinschaft* ist diese Variante jedoch nicht ausreichend.

Die beiden Förderprogramme „Demenzfreundliche Kommune“ (Aktion Demenz/RBS) und „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ (BMFSFJ) setzten daher bewusst auf zivilgesellschaftlich ausgerichtete Netzwerkstrukturen. In solche Vernetzungszusammenhänge gehören neben der Kommune und den Anbietern gesundheitlicher Dienstleistungen Bürgervereine, Kirchengemeinden, Sport- und Wandervereine, Kultureinrichtungen, Initiativgruppen, Gewerbetreibende wie Apotheker oder Lebensmittelhändler, Landfrauenvereinigungen und viele

mehr. Das ist keineswegs überall, vermutlich nicht einmal überwiegend, gelungen. Denn es ist wesentlich schwieriger, die letztgenannten Zielgruppen zu gewinnen, als professionelle Helfer und Institutionen. Doch kann eine *Sorgende Gemeinschaft*, die ihren Mitgliedern sowohl gesellschaftliche Teilhabe als auch Sorge (*Care*) bietet, nur entstehen, wenn auch wichtige Akteure der Zivilgesellschaft eine aktive Rolle in ihr spielen. Von den für die Vernetzungsarbeit Verantwortlichen erfordert das Offenheit gegenüber neuen Wegen und Fantasie bei der Entwicklung neuer Kommunikations- und Arbeitsformen (z. B. Reduzierung verbaler Kommunikationsformen zugunsten visuell/kreativer, ungewöhnliche Zeiten und Orte für Treffen).

Was benötigen Netzwerke zudem, um erfolgreich zu sein?

- Eine Stelle/Person, die *den Hut aufhat*. Idealerweise ist das die Kommune.
- Eine klare und überprüfbare Zielsetzung. Die Ziele sollten dabei nicht zu allgemein, sondern möglichst konkret gefasst werden.
- Transparenz zum notwendigen Einsatz der Beteiligten (Zeit, Ressourcen)
- Vereinbarungen zur Verbindlichkeit der Arbeit und der getroffenen Entscheidungen
- Eine motivierende Binnenkultur (Erfolge feiern, Anerkennung von Leistungen, immer wieder Neues versuchen und mehr)
- Neben festen Teilnehmerinnen und Teilnehmern themen- und anlassbezogen weitere Personen einbeziehen
- Ressourcen (Zeit, Räume usw.) für das Netzwerkmanagement¹⁷

2.5 Den Boden bereiten

Sensibilisierung für das Thema Demenz

Demenz ist mittlerweile ein ständiges Thema in der medialen und sonstigen Öffentlichkeit. Doch der durchaus menschliche Reflex, sich mit unangenehmen Dingen erst dann auseinanderzusetzen, wenn sie direkt ins eigene Leben eingreifen, führt dazu, dass man sich der Thematik lange Zeit zu entziehen versucht. Bevor auf lokaler Ebene überhaupt weitergehende Strategien entwickelt werden können, muss es das Ziel sein, eine Informationsbasis in der Bevölkerung zu schaffen und das Thema auf die Agenda der öffentlichen Wahrnehmung zu setzen. Nicht um-

¹⁷ https://www.lokale-allianzen.de/fileadmin/de.lokale-allianzen/content.de/downloads/Bundestreffen/2.Bundestreffen/Workshop_3_Netzwerke.pdf

sonst war *Information, Aufklärung und Sensibilisierung* eines der meistgenannten Ziele bei den Lokale-Allianzen-Projekten. Doch wie kann man in einem Gemeinwesen, in dem bisher kaum eine öffentliche Thematisierung stattgefunden hat, an diese Aufgabe herangehen?

- **2.5.1 Demenzatlas, Demenzlotse, Ratgeber**

Ein erster Schritt kann es sein, sich einen Überblick über all das zu verschaffen, was im lokalen Rahmen zum Thema bereits existiert: Personen, Einrichtungen, Angebote, Initiativen und mehr. Ein zweiter Schritt wäre der, zu versuchen, das alles zueinanderzubringen (→ [Kapitel 2.4 Vom Knüpfen und Weben](#)). Das kann anfangs durchaus sehr niederschwellig und im kleinen Rahmen geschehen. Der dritte Punkt könnte dann sein, den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Informationen (z. B. zu Unterstützungsangeboten und Ansprechpartnern) zu ermöglichen.

In vielen Kommunen wurden und werden dazu unter Bezeichnungen wie Demenzatlas, Demenz-Ratgeber oder auch Demenzlotse Übersichten geschaffen: meistens in Printform, manchmal jedoch auch als webgestützte Informationsquelle.

Unter dem Titel „*Wegweiser Demenz – Leben mit Demenz in Schwäbisch Gmünd und Umgebung. Wo finde ich Hilfe?*“ hat die Lokale Allianz für Menschen mit Demenz Schwäbisch-Gmünd einen Ratgeber in Printform erarbeitet. Neben den Kontaktdaten von Unterstützungsangeboten enthält der Wegweiser Erfahrungsberichte von Angehörigen sowie Sachinformationen zum Thema Demenz.

www.schwaebisch-gmuend.de (Stichwort: Demenzwegweiser)

Auf Landesebene setzt der EDV-gestützte Demenzatlas **Hessen** an. Er wird vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration sowie den Pflegekassen gefördert und zielt darauf ab, hessenweit Transparenz über Versorgungsstrukturen für Demenzbetroffene und ihre Angehörigen herzustellen.

www.demenzatlas-hessen.de

Um eine besonders schwer zu erreichende Zielgruppe – die Ärztinnen und Ärzte – zu erreichen, hat man in **Hildesheim** eine spezielle Informationsmappe für Ärztinnen und Ärzte entwickelt und an die Praxen verteilt:

www.lokale-allianzen.de (Suchbegriff: Informationsmappe Demenz)

Achtung! Wichtig ist, sich zu Beginn genaue Gedanken zum Inhalt, zum Ziel, zur Form, zu den Vertriebsmöglichkeiten und zur Aktualisierung von Informationen zu machen. Ein schriftlicher Ratgeber, von dem kaum jemand weiß oder der am Tage seines Erscheinens bereits zahlreiche ungültige Informationen (z. B. Adressen) enthält, lohnt nicht den langwierigen Prozess seiner Erstellung. Eine Website, die diese Informationen anbietet, bei der aber nicht die Datenpflege kontinuierlich gesichert ist, hilft wenig. Unter Umständen sind *niedrigschwellige* Übersichten (einfache Form), die regelmäßig erneuert werden, effektiver als aufwendige Publikationen.

- **2.5.2 Informations- und Aufklärungskampagne**

Großer Beliebtheit erfreuen sich über einen längeren Zeitraum durchgeführte Informationskampagnen, mit denen in der Kommune Aufmerksamkeit auf das Thema Demenz gelenkt, Wissen verbreitet und Verständnis für betroffene Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden soll. Bestandteile solcher Kampagnen sind oftmals Flyer, Plakate, Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Filmabende, Ausstellungen, Lesungen und andere kulturelle Veranstaltungen.

Eine jährlich stattfindende Aktion ist in der **Region Bonn-Rhein-Sieg** die Demenzwoche, die mit einem breiten Angebot an Veranstaltungen und Aktionen aufwartet:
www.rhein-erft-kreis.de (Suchbegriff: Demenzwoche)

Vorlage und Impuls für viele andere Kommunen in Deutschland war die Demenzkampagne **Ostfildern** „Wir sind Nachbarn“ (2007/2008), deren Ergebnisse auch evaluiert worden sind.
www.demenz-ostfildern.de

In **Bremen** wurde großer Wert auf künstlerische Aktionsformen gelegt. Höhepunkt war ein Theaterstück, in dem die Bewohnerinnen und Bewohner einer stationären Einrichtung mitwirkten.
www.bremerhaven.de (Suchbegriff: Demenz und Wir)

Ein Beispiel für einen Aspekt öffentlicher Sensibilisierungsaktionen findet man in **Bielefeld**. Hier hat man versucht, mit einer Plakatkampagne Aufmerksamkeit für das Thema Demenz zu schaffen.
www.lokale-allianzen.de (Suchbegriff: Plakatkampagne)

Demenzwochen und Kampagnen können wichtige Türöffner vor allem in solchen Kommunen sein, in denen das Thema bisher noch nicht prominent platziert ist. Um nicht rein plakative Aktionen ohne große Wirkung zu sein, müssen jedoch einige Punkte bei ihrer Planung und Durchführung beachtet werden:¹⁸

- Sind Botschaft und Intention klar?
So zielt eine Kampagne „Wir sind Nachbarn“ auf etwas anderes ab als eine andere mit dem Titel „Was Sie über Demenz wissen sollten“. Soll Wissen vermittelt werden? Oder soll durch ungewöhnliche Aktionsformen Erstaunen hervorgerufen werden?
- Wer soll erreicht werden?
Sind nur die ohnehin schon in das Thema involvierten Personen die Zielgruppe (Profis, pflegende Angehörige usw.)? Sollen Menschen erreicht werden, die bisher nichts mit dem Thema zu tun hatten? Oder sogar Demenzbetroffene?
- Sind die gewählten Aktions- und Veranstaltungsformate in der Lage, die avisierte Zielgruppe zu erreichen?
Wer kommt zu einer Podiumsdiskussion ins Rathaus oder zu einer Lesung?
Und wer eher nicht? Stimmen also Ziel, Zielgruppe und Mittel überein?
- Ist die Kampagne in eine längerfristige Strategie eingebunden?
Was wird den Bürgerinnen und Bürgern über die Kampagne hinaus angeboten?
Welche weitergehenden Aktivitäten und Maßnahmen sind geplant?

• 2.5.3 Schulungen, Erste-Hilfe-Kurse

Weit verbreitet sind mittlerweile sogenannte Demenzschulungen, gelegentlich auch Erste-Hilfe-Kurse Demenz genannt. Die Idee ist, gesellschaftliche Einrichtungen und Personen wie beispielsweise die Polizei, die Feuerwehr, den Einzelhandel oder Behörden für das Thema Demenz zu sensibilisieren. Um diese Adressaten zu gewinnen, sind die Schulungsmaßnahmen zeitlich sehr knapp gehalten (z. B. 1,5 bis 3 Stunden). In einem solchen Zeitfenster lässt sich natürlich kein umfangreiches Wissen vermitteln und es können allenfalls erste Anstöße für die Auseinandersetzung mit dem Thema Demenz gegeben werden. Gleichwohl fungieren

¹⁸ Peter Wißmann: *Nebelwelten. Abwege und Selbstbetrug in der Demenzszenen*, Frankfurt am Main 2015, S. 98 ff.

entsprechende Angebote oft als Türöffner für weitere Maßnahmen und zeigen auf, dass das Thema kein reines Fachthema, sondern eines ist, das alle gesellschaftlichen Lebensbereiche betrifft. Wichtig ist, dass Erste-Hilfe-Kurse und ähnliche Maßnahmen in ein übergreifendes Konzept der Auseinandersetzung mit dem Thema kognitive Beeinträchtigungen in der Kommune eingebunden sind.

2.6 Auf stabilem Fundament

Unterstützungsangebote und Dienstleistungen

Menschen mit einer demenziellen Beeinträchtigung und ihre Kümmerer benötigen auf kommunaler Ebene ein akzeptierendes Umfeld, aber auch regelhafte Unterstützungsangebote sowohl professioneller als auch ehrenamtlicher Art. Im Rahmen einer Ist-Analyse muss erhoben werden, welche Angebote in der Kommune in welcher Form vorhanden sind (→ [Kapitel 2.2 Alle mal hinschauen!](#)). Durch eine Bedarfsanalyse kann man in Erfahrung bringen, was fehlt und was die Menschen vor Ort wünschen und benötigen (→ [Kapitel 2.10.1 Bedarfsanalyse](#)). Das kann sich oftmals deutlich von dem unterscheiden, was professionelle Planerinnen und Planer sowie Expertinnen und Experten erwarten. Unterstützungsangebote richten sich an Menschen mit Gedächtnis-, Orientierungs- und anderen kognitiven Beeinträchtigungen oder/sowie an Kümmerer wie Familienangehörige, Freunde oder Nachbarn. Die Lebensqualität dieser Menschen hängt zu einem wesentlichen Teil davon ab, ob in ihrem Dorf, in ihrer Stadt oder in ihrem Quartier solche Unterstützungsangebote ausreichend zur Verfügung stehen und von ihnen bedarfsadäquat genutzt werden können. Üblicherweise denkt man dabei an Angebote wie Tagespflege, Besuchsdienste, ambulant betreute Wohngemeinschaften, Betreuungsgruppen oder ähnliche Dinge.

Für die meisten dieser Unterstützungsangebote existieren einschlägige sozialrechtliche Finanzierungsmöglichkeiten (z. B. über das SGB XI). Doch reicht das allein nicht aus, um sie tatsächlich zu realisieren. Die Kommune steht in der Verantwortung, aktiv für diese Realisierung Sorge zu tragen, indem sie beispielsweise

- Träger motiviert, eine Tagespflegeeinrichtung oder eine Betreuungsgruppe zu entwickeln
- Angehörige unterstützt, die eine selbstverantwortete ambulant betreute Wohngemeinschaft oder ein Nachtbetreuungsangebot aufbauen wollen oder
- Bürgerinnen und Bürger motiviert, als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unterstützungsbedürftige Personen zu besuchen und ihnen die Teilnahme an Aktivitäten, Veranstaltungen und Geschehnissen in ihrer Kommune zu ermöglichen.

Insbesondere Bürgerinnen und Bürger, die sich als Angehörige oder als Freiwillige engagieren wollen, bedürfen eines flankierenden Supports durch die Kommune. (→ Kapitel 2.8 Raus aus den Sesseln!). So kann diese ihre Koordinierungs-, Steuerungs- und Ermöglichungsfunktion bei der Schaffung einer *Sorgenden Gemeinschaft* wahrnehmen. Neben Support durch Beratung, Information, Moderation, Bereitstellung von Räumen und anderer Logistik kann sie zudem durch kommunale Fördermöglichkeiten und die Nutzung der Förderprogramme Dritter gezielt die Entwicklung gewünschter Angebotsformate vorantreiben.

Das tut beispielsweise die **Stadt Stuttgart**. Sie möchte den Aufbau selbstverantworteter Wohngemeinschaften für Menschen mit Hilfebedarf (Pflegebedürftigkeit, Demenz, junge Pflege und mehr) unterstützen und hat hierzu ein Förderprogramm aufgelegt. Initiativen von Betroffenen, Angehörigen und anderen Bürgerinnen und Bürgern können zum einen Investitionskostenzuschüsse für den Neubau, Umbau oder Ausbau von geeignetem Wohnraum erhalten. Finanziert werden jedoch auch begleitende Maßnahmen wie die Klärung von rechtlichen Fragen, Coaching, Beratung und Supervision. Gerade diese Leistungen sind in der Lage, selbstverantwortete Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern voranzubringen.
www.demenz-support.de (Suchwort: Friedmann)

Manchmal sind es auch die Bürgerinnen und Bürger selbst, die die Initiative ergreifen und dafür sorgen, dass in ihrem lokalen Umfeld ein Netz an Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit unterschiedlichem Bedarf entsteht. So auch in **Rhynern**, einem Stadtteil von Hamm. Die Gründung des Vereins Mayday Rhynern e.V. geht auf die Initiative eines Galeristen und weiterer engagierter Menschen zurück. Heute bietet der Verein mit Unterstützung fast alles an, was man sich denken kann:

„Wir arbeiten mit ca. 50 kompetenten, ehrenamtlichen Mitarbeitern aus verschiedenen Berufszweigen zusammen und finden auch für Ihr Anliegen immer den richtigen Ansprechpartner. Wir verfügen über ein großes Netzwerk aus Ärzten, Apotheken, Pflegediensten, städtischen Ansprechpartnern, Unternehmen, sozialen Organisationen und Vereinen. Wir bieten eine Vielzahl von Kursen an (...). Fahrdienste, Einkaufs- und Besuchsdienste werden von uns organisiert (...). Wir sind Partner im Netzwerk Demenz. Unsere ausgebildeten Demenzbegleiter betreuen gerne Ihre Angehörigen. Eine Gutachterin steht uns dabei beratend zur Seite. In unregelmäßigen Abständen führen wir auch spezielle Angebote, wie z.B. Workshops durch. Wir sind Gründungsmitglied und Partner des Zusammenschlusses sozialer Organisationen vor Ort ‚Gemeinsam für Rhynern – Netzwerk für ehrenamtliches Engagement im Stadtbezirk Rhynern.‘“

<https://mayday-rhynern.de>

Eine in die Zukunft gerichtete Politik darf mit Blick auf die Sicherstellung eines tragfähigen lokalen Unterstützungssystems nicht in den Fehler verfallen, sich auf die gängigen Formen und Wege der Versorgungsplanung zu reduzieren. So wählen politisch Verantwortliche mit Blick auf den Bedarf an Pflegeangeboten oft einen einfachen Weg: Man stellt einem Investor oder großen Dienstleistungsträger ein Baugrundstück zur Verfügung, damit dieser dort eine stationäre Einrichtung mit der gewünschten Platzzahl realisiert, und muss sich nicht weiter kümmern.

„Die Ausweitung des stationären Sektors in der Pflege bietet keine Lösung und Perspektive, genauso wenig der inzwischen weit verbreitete, häufig illegale Einsatz mittel- und osteuropäischer Haushaltshilfen und Pflegekräfte (...). Um unter den bestehenden Bedingungen des sozialen und demografischen Wandels auch in Zukunft eine gute Pflege und Sorge sicherzustellen, muss aus Sicht der Siebten Altenberichtscommission die häusliche Pflege in gemischten Pflegearrangements zur flächendeckenden gesellschaftlichen Praxis werden. Gemäß dem Leitbild einer geteilten Verantwortung für die Pflege greifen bei einem gemischten Pflegearrangement familiäre, nachbarschaftliche, freiwillige und professionelle Hilfen ineinander.“¹⁹

Frühbetroffene

Unterstützungsangebote für die Zielgruppe der Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung sind leider fast ausschließlich auf die Bedarfe stärker beeinträchtigter Personen und ihrer Kümmerer ausgerichtet. Dabei gerät völlig aus dem Blick, dass zahlreiche Menschen aufgrund kognitiver Einbußen in ihrer Selbstständigkeit eingeschränkt und von Exklusion bedroht sind, obgleich sie weder Pflegeempfänger sind, *klassische* Betreuung wie in Betreuungsgruppen nach dem SGB XI benötigen oder eine Tagespflege besuchen müssen. Für diese oftmals mit dem unpassenden Begriff *Frühdemente* oder *Frühbetroffene* bezeichneten Bürgerinnen und Bürger hält das Unterstützungssystem in der Regel keine adäquaten Angebote vor.

„Das Thema kognitive Beeinträchtigungen respektive sogenannte Demenz bedarf der Reintegration in das übergeordnete Thema Alter – und auch hier darf es nicht stehen bleiben, sondern muss weitergehen!“²⁰

¹⁹ BMFSFJ: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts. Berlin 2017.

²⁰ Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Demenz: Ausschluss aus der inklusiven Gesellschaft? Ein Einspruch von Peter Wißmann. Berlin 2016, S. 58.

Von Institutionen wie Pflegestützpunkten oder Alzheimer-Beratungsstellen fühlen sie sich in der Regel nicht angesprochen. Um sie in ihrer Selbstständigkeit und bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten zu unterstützen, werden Unterstützungsangebote benötigt wie beispielsweise

- persönliche Assistenzleistungen
 - zur Fortführung von Aktivitäten (z. B. sozial, kulturell, sportlich)
 - zur Bewältigung des Alltags
 - zur Übernahme von Aufgaben im Gemeinwesen
 - zur Mitwirkung, z. B. an lokalen Planungs- und Entwicklungsprozessen
- unterstützte Selbsthilfegruppen
- (öffentliche) Artikulationsmöglichkeiten

Unterstützte Selbsthilfe

Im deutschsprachigen Raum existieren seit vielen Jahren zahlreiche Selbsthilfegruppen von Angehörigen demenziell veränderter Menschen. Diese tragen erheblich zur Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger bei. Verschwindend gering ist jedoch die Zahl an Selbsthilfegruppen der von kognitiven Beeinträchtigungen direkt betroffenen Menschen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Beim Thema Demenz liegt der Fokus meist auf Personen mit sehr schweren Beeinträchtigungen. Gerade für betroffene Menschen in sogenannten frühen Phasen demenzieller Prozesse können Selbsthilfeangebote jedoch eine wichtige Rolle bei der Auseinandersetzung mit ihrer Lebenssituation spielen. Nach wie vor eher defizitäre Vorstellungen vieler Profis (Demenz = keine Krankheitseinsicht = kein Selbsthilfepotenzial) wirken sich blockierend aus. Und anders als bei anderen körperlichen oder auch seelischen Beeinträchtigungen machen kognitive Einschränkungen eine Unterstützung Dritter bei der Ausübung von Selbsthilfe erforderlich. Diese wird aber nur selten geleistet, sei es, weil man Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung die Selbsthilfefähigkeit abspricht (s. o.), sei es, weil das klassische Selbsthilfeverständnis Unterstützung durch Dritte kategorisch ausschließt.

Bereits vor mehreren Jahren haben daher Demenzbetroffene mit Unterstützung professioneller Helfer das Konzept der *unterstützten Selbsthilfe* entwickelt.²¹ In diversen Gruppen wird es praktiziert und bietet den betroffenen Menschen einen Unterstützungsrahmen ganz spezifi-

²¹ Ein Startpunkt. Unterstützte Selbsthilfe von Menschen mit Demenz.
www.demenz-support.de (Suchbegriff: Startpunkt)

scher und durch keine anderen Angebote zu bewerkstelliger Qualität. Oft wird aus der im Selbsthilfekontext gewonnenen individuellen Stärkung des Selbstvertrauens auch der Mut, sich in die Öffentlichkeit zu wagen und für seine Interessen einzustehen. Unterstützte Selbsthilfe von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung entwickelt sich kaum spontan und von selbst, sondern bedarf fast immer eines Impulses von dritter Seite. Da es sich hierbei um kein unter finanziellen Aspekten *lohnendes* Feld handelt und von den zumeist professionellen Unterstützern ein im Bereich der Altenhilfe ungewohntes assistenzorientiertes (statt betreuendes) Handeln erfordert, ist die Zahl unterstützter Selbsthilfegruppen noch bescheiden. In Kommunen, die das Leitbild der *Sorgenden Gemeinschaft* umzusetzen bestrebt sind, stellt sich daher die Aufgabe, die Initiierung und die Arbeit unterstützter Selbsthilfegruppen gezielt zu unterstützen und diesen bisher fehlenden Baustein dem lokalen Unterstützungsnetzwerk hinzuzufügen (→ Kapitel 2.7 *Mittendrin sein und bleiben*).

2.7 Mittendrin sein und bleiben

Teilhabe und inklusive Formate

Die kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge darf nicht verkürzt als Versorgungsaufgabe beziehungsweise als Bereitstellung von Versorgungsdienstleistungen verstanden werden. Ziel einer *Caring Community* ist es, für all ihre Mitglieder Verantwortung zu übernehmen sowie auch die Sorge für unterstützungsbedürftige Menschen als Gemeinschaftsaufgabe anzugehen. Ihr Leitgedanke ist nicht die Versorgung, sondern die Ermöglichung von Teilhabe und Inklusion. Gleichwohl wird oft dann, wenn es um alte oder demenziell veränderte Menschen geht, in den Kategorien von Pflege und der Bereitstellung entsprechender Versorgungsangebote gedacht und gehandelt. Eine solch verkürzte Perspektive widerspricht jedoch den Wünschen der Betroffenen sowie den insbesondere in der Behindertenrechtskonvention (BRK) gesetzlich normierten Leitzielen. Teilhabe und Inklusion gelten auch für ältere und demenziell veränderte Menschen und sie müssen vor allem auf der Ebene des Nah- und Sozialraums verwirklicht werden.

Trotz mancher Fortschritte in den zurückliegenden Jahren ist man diesem Ziel bisher aber nur in geringem Umfang näher gekommen. Doch es gibt überzeugende Ausnahmen, die als Gute-Praxis-Beispiele Impulse setzen können.

„Lust am Wandern“ heißt es beispielsweise in Ulm, in Mühlacker, in Filderstadt und in einer Reihe weiterer **Kommunen in Baden-Württemberg**. Vor allem der Schwäbische Albverein hatte sich in Kooperation mit Initiativen aus dem Bereich der Altenhilfe, in mehreren Fällen mit der Kommune, (und auf deren Anregung hin) auf den Weg gemacht, sein Wanderangebot für die Zielgruppe kognitiv und in anderer Weise beeinträchtigter Menschen zu öffnen. Seit mehreren Jahren finden in 15 Kommunen regelmäßig Wanderungen („Lust am Wandern“) statt, in die Menschen mit demenzieller Beeinträchtigung integriert sind. Das Miteinander funktioniert problemlos. Bewusst wurde Wert darauf gelegt, das inklusive Angebot nicht als *Demenzangebot* zu kommunizieren – was es in der Tat auch nicht ist.

„Ich hätte nicht gedacht, dass es so gut klappt, wenn Menschen mit Demenz dabei sind. Ich hatte mir das viel schwieriger vorgestellt. Ist es aber gar nicht! Eine schöne Erfahrung!“ (ein Teilnehmer).
„Wenn es das hier nicht gäbe, würden wir nur zu Hause rumsitzen. So kommen wir aber einmal raus und haben Spaß. Mein Mann freut sich immer ganz doll, wenn es heißt: Am Donnerstag wird wieder gewandert“ (ein Ehepaar).²²

<https://wandern.albverein.net/lust-am-wandern/>

Auch im hessischen **Dreieich** legt man großen Wert auf inklusive Angebote. Es wird genau geschaut, ob bestehende Formate so angelegt sind, dass sie die Teilnahme beeinträchtigter Menschen ermöglichen. Auch die Aspekte der Mobilität (z. B. Fahrdienst) und des finanziellen Rahmens (z. B. Teilnehmerbeiträge) spielen dabei eine Rolle. Ziel ist es, dass Menschen mit kognitiver und anderer Beeinträchtigung so lange wie möglich ihren gewohnten Aktivitäten im gewohnten Rahmen nachgehen können (z. B. Singkreis, Bingo-Gruppe). Neue Angebote werden von vornherein inklusiv angelegt, beispielsweise ein regelmäßiger Nachmittag-Rudel-Gesang oder ein Theaterprojekt mit Menschen mit und ohne demenzielle Handicaps. So wird Teilhabe möglich.

https://diakonie-of.de/wp-content/uploads/2018/05/06_2018_Presse.pdf

²² Demenz Support Stuttgart (Hrsg.): Wandern: Was geht! Sport, Bewegung und Demenz. Kleine Praxisfibel 1: Lust am Wandern. Stuttgart 2016.

Um die geht es auch dem Verein FÜREINANDER e.V. in **Uttingen** am Ammersee. Ein Mittel dazu ist die Unterstützung demenziell veränderter Personen durch eine bürgerschaftlich engagierte Person. Das Besondere daran: Es handelt sich hier um Menschen, mit denen die betroffene Person bereits früher aktiv war und mit der sie gemeinsam Freizeit verbracht hat. Über die Reaktivierung von ehemaligen Kontakten aus dem eigenen biografischen Umfeld gelingt es gut, am Leben in der Dorfgemeinschaft weiter teilzuhaben.

www.fueinander.eu

Verständnis, Toleranz und Bereitschaft zur Unterstützung anderer Menschen bedürfen der Begegnung, um wachsen zu können. Oft geht es einen Schritt davor erst einmal darum, Missverständnisse, Ängste und falsche Bilder im Kopf korrigieren zu können. Gerade wenn es um Menschen mit demenzieller Beeinträchtigung geht, finden solche Begegnungen aber kaum statt, weil in der Regel Spezialangebote für diesen Personenkreis geschaffen werden (Parallelwelten²³). *„Es werden immer mehr Nischen für Menschen mit Demenz entwickelt, es gibt spezielle Angebote und dadurch Ausgrenzung. Dieses Projekt sollte anders sein, ihnen nicht alles abnehmen, sondern neben ihnen gehen und gemeinsam etwas tun, was allen Freude bereitet.“*²⁴

Inklusive Formate zu schaffen wird daher zu einer bedeutenden Aufgabe. Dabei geht es weniger um die Entwicklung neuer und zusätzlicher, sondern vor allem darum, die Angebote und Ressourcen der *Normalwelt* so anzupassen, dass sie auch für Menschen mit Beeinträchtigungen nutzbar werden.

Adressaten einer solchen Strategie der Öffnung, die letztendlich auf die konsequente Umsetzung der BRK-Leitlinien hinausläuft, sind alle Akteure, die in der Kommune soziales Leben gestalten: die zahlreichen Vereine unterschiedlicher Art, von den Landfrauen bis zum Männerchor, die Wander- und Sportvereine, die Kulturorganisationen, die Kirchen und Gemeinden und viele mehr. Die Kommune sollte ihre aus dem Gebot der Daseinsvorsorge gespeiste und auf ihrer Neutralität gegründete Autorität dafür einsetzen, um die Gesellschaft und deren Instanzen für ihre schwächeren Mitglieder zu öffnen, um auf diesem Wege Inklusion und Teilhabe zu ermöglichen.

²³ Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Demenz: Ausschluss aus der inklusiven Gesellschaft? Ein Einspruch von Peter Wißmann. 2016 Berlin.

²⁴ Verena Rothe/Gabriele Kreuzner/Reimer Gronemeyer: Im Leben bleiben, a.a.O., S. 105 (Zitat aus der Evaluation des Förderprogramms).

In einem Workshop auf einer Konferenz der Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz wurde der Vorschlag gemacht, dass Kommunen die finanzielle Unterstützung und Förderung von Aktivitäten Dritter, bei denen das möglich wäre, zukünftig davon abhängig machen sollten, dass diese inklusiv ausgerichtet sind. Denn inklusive Angebote, die Begegnungsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Menschen eröffnen, wirken als gesellschaftliche Lernorte. In ihnen können Barrieren abgebaut und Formen des Miteinanderlebens von Stärkeren und Schwächeren praktisch erprobt werden. Nur so kann man sich dem Ziel der inklusiven Gesellschaft der Verschiedenartigkeit realistisch annähern.

Viele Kommunen sind damit beschäftigt, durch Entwicklungspläne und andere Instrumente inklusive Strukturen zu schaffen. Leider spielen bei diesen Anstrengungen nur selten auch die Belange demenziell veränderter Bürgerinnen und Bürger eine Rolle. Auch wenn es nicht darum geht, die Interessen unterschiedlicher Personengruppen gegeneinander auszuspielen, muss erkannt werden, dass das Thema Inklusion sich nicht allein auf Schulklassen und *klassische* Behindertengruppen reduzieren lässt. Diese Erkenntnis sollte sich sowohl in den politischen Inklusionsgremien widerspiegeln als auch bei der Förderung von Aktivitäten.

Vereine

Der Sozialpsychiater Prof. Klaus Dörner hat einmal formuliert: Teilhabe kann nicht von professionellen Helferinnen und Helfern geleistet werden, sondern immer nur von Bürger zu Bürger. Damit sind Personen wie Familienmitglieder, Nachbarn und Freunde angesprochen. Angesprochen sind aber auch die vielen Vereine, die es in Deutschland gibt und die das soziale Leben in der Kommune mit ihren vielfältigen Aktivitäten gestalten. In den Vereinen unterschiedlichster Couleur sind Millionen von Menschen, teils von klein auf, Mitglied. Die Vereine werden dadurch zu einem der wichtigsten potenziellen Ermöglicher und Träger von gesellschaftlicher Teilhabe und Inklusion im lokalen Nahraum. In zivilgesellschaftlichen Netzwerken ist die Mitwirkung relevanter Vereine erforderlich. Vor allem sollten sie aber

- auch ihre unterstützungsbedürftigen (passiven) Mitglieder durch geeignete Maßnahmen integrieren,
- ihre aktiven Mitglieder sensibilisieren und befähigen, mit kognitiv eingeschränkten Personen umgehen zu können und ihnen so weit wie möglich einen Verbleib im Vereinsrahmen zu ermöglichen (z. B. in den Gruppen) sowie auch

- neue inklusive Formate zu entwickeln, die das Miteinander von beeinträchtigten und nicht beeinträchtigten Personen ermöglichen.²⁵

Nur wenige der Vereine kommen jedoch aus eigener Überlegung zu dem Schluss, sich den Fragen der demografischen Entwicklung und dem, was das auch für ihre Arbeit bedeuten muss, zuzuwenden. Initiativen zur Schaffung einer *Sorgenden Gemeinschaft*, die sich als inklusive und Teilhabe ermöglichende versteht, sollten daher gezielt Strategien zur Einbindung und Verpflichtung von Vereinen entwickeln.

2.8 Raus aus den Sesseln!

Bürgerschaftliches Engagement

„Das kann nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger bei der Mit- und Ausgestaltung von Unterstützungsangeboten bis hin zum Auf- und Ausbau von ambulant betreuten Wohngemeinschaften mitwirken und sich einbringen. Als Kommune können und wollen wir die Verantwortung für den anderen nicht delegieren, sondern zurückholen in die Mitte unserer Gesellschaft: in die Familie, die Nachbarschaft, die Vereine und Kirchengemeinden.“²⁶

Im vorangehenden Zitat wird deutlich, worum es bei der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement im Rahmen der *Sorgenden Gemeinschaft* gehen muss: nicht um die Ausweitung klassischer ehrenamtlicher Tätigkeit, sondern um die Ermutigung der Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv in das lokale Geschehen einzumischen, mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Das ist etwas anderes, als wenn Dienstleister und Professionelle Angebote aufbauen wollen und dafür nach Ehrenamtlichen suchen, die in diesem Rahmen spezielle (vordefinierte) Aufgaben übernehmen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, nur als Erfüllungsgehilfen von Staat und Wohlfahrtsorganisationen gebraucht zu werden, kann die *Sorgende Gemeinschaft* nicht funktionieren.

²⁵ Siehe hierzu beispielhaft: Lust am Wandern, <https://wandern.albverein.net/lust-am-wandern/>.

²⁶ Stadt Ostfildern (Hrsg.): Integrierte Stadtentwicklungsplanung „Gutes Älterwerden in den Stadtteilen Ostfilderns“, Ostfildern 2017, S. 9.

Bürgerengagement und ehrenamtliche Arbeit sind in Deutschland stark ausgeprägt. Das belegen immer wieder die Freiwilligensurveys des BMFSFJ.²⁷ Dabei spielt sich ein Großteil dieses Engagements im Bereich von Sport und Kultur ab, aber auch im sozialen Bereich sind Bürgerinnen und Bürger bereit, sich aktiv einzubringen. Ist Bürgerengagement nicht fremdbestimmte Unterstützungstätigkeit für vordefinierte Aufgaben, entspricht es dem tief im Menschen verwurzelten Bedürfnis, Sinn zu empfinden, Welt zu gestalten und sein Leben in den Dienst einer höheren Sache zu stellen.²⁸ Mit Blick auf das Engagement für andere Menschen spricht der Sozialpsychiater Klaus Dörner davon, dass der Mensch nicht nur unterstützungsbedürftig, sondern auch helfensbedürftig ist: Er möchte nicht nur Hilfe empfangen, sondern auch geben.²⁹ Hier gilt es anzusetzen und einen Rahmen zu schaffen, in dem sich dieses Bedürfnis entfalten kann.

„Das bürgerschaftliche Engagement soll in Eichstetten auf Dauer einen hohen Stellenwert erhalten. Grundlage hierfür ist die Beibehaltung und weitere Förderung einer offenen Diskussions- und Dialogkultur durch Information, Sensibilisierung und Motivation der Bevölkerung an einer nachhaltigen Entwicklung in der Gemeinde. Dies erfordert ein hohes Maß an Zeit, Kommunikations-, Konflikt- und Kooperationsbereitschaft. Ziel ist, einen Interessenausgleich aller Beteiligten zu schaffen (Konsensprinzip) und die Gemeinwohlbelange zu berücksichtigen.“³⁰

Mit Blick auf das Thema Alter, Pflegebedürftigkeit und Demenz beziehungsweise auf die Frage, wie auch diese Personen Teil der Gemeinschaft bleiben können, finden wir in der Praxis unterschiedliche Formen bürgerschaftlichen Engagements.

So werden beispielsweise Menschen persönlich unterstützt, ihnen wichtige Dinge tun zu können: das Haus zu verlassen, an Treffen teilzunehmen oder Freizeitaktivitäten zu erleben. Oder eine Person hilft ihnen, sich im zumeist unübersichtlichen Dschungel von Dienstleistungen zurechtzufinden. Zu diesem Zweck hat man in einer Reihe von Kommunen damit begonnen, Bürgerinnen und Bürger als Demenzbegleiter oder -lotsen zu gewinnen.

²⁷ <https://www.bayern-evangelisch.de/downloads/Freiwilligensurvey-2014-Langfassung.pdf>

²⁸ Victor Frankl: Wer ein Warum zu leben hat: Lebenssinn und Resilienz. Weinheim 2017.

²⁹ Klaus Dörner: Helfensbedürftig. Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert. Neumünster 2012.

³⁰ www.eichstetten.de/buergerinfo/be/be_kurz.htm

Demenzlotsen Jülich

„Demenzlotsen sind ehrenamtlich Engagierte, die

- Sie zu Hause aufsuchen und über Hilfeleistungen in Jülich unabhängig informieren und beraten,
- Sie zu Ärzten, Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen und weiteren Dienstleistern und Einrichtungen vermitteln,
- bedarfsgerechte und persönlich auf Sie zugeschnittene Service- und Betreuungsleistungen mit Ihnen abstimmen und für Sie koordinieren,
- Sie gerne informieren und unterstützen!
- Ihnen Vertraulichkeit zusichern!“

www.juelich.de/demenzlotsen

Solche bürgerschaftlich getragenen Unterstützungsleistungen leisten oftmals einen wichtigen Beitrag dazu, dass ältere und beeinträchtigte Menschen am Leben der Gemeinschaft weiter teilnehmen können. Teilhabe bedeutet für viele Menschen auch Teilhabe am kulturellen Leben in der Kommune. Hier können Bürgerinnen und Bürger Unterstützung leisten, die selbst kulturell interessiert sind.

Artgenossen im Lehmbruckmuseum

„Die Artgenossen sind eine eigenständige Gruppe von älteren Kunstfans, die gerne im Museum aktiv werden. Sie bringen vorhandene Kompetenzen ein und entwickeln und entdecken durch die intensive Begegnung mit Kunst, Künstlern und künstlerisch Tätigen neue Möglichkeiten. Intergenerative Begegnungen stehen im Vordergrund, wie etwa bei der Gestaltung des Generation Guides oder den Blind-Date-Führungen, bei denen sie die Rolle des Kunstmoderators übernehmen.“

Das Interesse, auch Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung bei der Wahrnehmung kultureller Angebote unterstützend zu begleiten, ist groß und wird unter anderem im Rahmen der Kunstführungen im Lehmbruckmuseum intensiv genutzt.

www.lehmbruckmuseum.de

Die Verbindung von eigenem Interesse an einer Sache mit der Bereitschaft, es anderen Personen zu ermöglichen, ebenfalls daran teilhaben zu können, stellt ein wichtiges Merkmal bürgerschaftlichen Engagements dar.

Wanderbegleiter

„Die Lust am Wandern“-Angebote (...) sind zusätzlich zu den Wanderführern noch mit Wanderbegleitern ausgestattet. Das sind wanderbegeisterte freiwillig Engagierte, die im Bedarfsfall eine Person mit kognitiver Beeinträchtigung unterstützen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich viele Menschen als Wanderbegleiter gewinnen lassen – denn schließlich macht es Spaß, regelmäßig auf Tour zu gehen.“³¹

In einer Reihe von Kommunen engagieren sich Bürgerinnen und Bürger bei der Initiierung, Begleitung und Unterstützung neuer Wohnprojekte und -formen.

Förderverein Lichtblick e.V.

In Ostfildern engagieren sich Bürgerinnen und Bürger in dem Verein Lichtblick e.V. Dieser will Menschen mit Demenz ein Leben in einer familienähnlichen Atmosphäre ermöglichen, indem er in Kooperation mit Angehörigen und professionellen Helfern die gleichnamige selbstverantwortete Wohngemeinschaft Lichtblick im Ostfildener Stadtteil Scharnhäuser Park unterstützt: durch Moderation, Beratung, Gewinnung freiwilliger Helferinnen oder Helfer und Sponsoren. Der Verein unterstützt zudem andere Initiativen bei der Initiierung weiterer selbstverantworteter Wohngemeinschaften.

Die konkrete Unterstützung einzelner Menschen in einer Wohngemeinschaft verbindet sich hier mit der Unterstützung innovativer neuer Wohnformen im Gemeinwesen. Und viele der Engagierten lernen nach eigener Aussage dabei etwas für ihr eigenes Altern und den Umgang mit Abhängigkeit bei nachlassenden Kräften. Dieser individuelle Benefit hat auch eine gesellschaftliche Auswirkung: Die engagierten Bürgerinnen und Bürger entwickeln wertvolle Kompetenzen

³¹ Demenz Support Stuttgart (Hrsg.): Wandern: Was geht! Sport, Bewegung und Demenz. Kleine Praxisfibel 1: Lust am Wandern. Stuttgart 2016, S. 26.

für die Gestaltung einer *Sorgenden Gemeinschaft* und bereichern das Gemeinwesen durch ihre Aktivität im Sinne einer lebendigen Demokratie.

Bürgergemeinschaft

In dem bereits erwähnten Ort Eichstetten am Kaiserstuhl sind rund 430 Familienhaushalte in der Bürgergemeinschaft aktiv und sorgen dafür, dass alle pflegebedürftigen oder demenziell veränderten Mitbürgerinnen und Mitbürger im wahrsten Sinne des Wortes im Dorf bleiben können und ein lebendiges Gemeinwesen existiert (→ Kapitel 2.3 *Wie soll das Alter werden?*).

In Enger (NRW) haben engagierte Bürgerinnen und Bürger bereits vor vielen Jahren die Initiative ergriffen und ein bemerkenswertes Unterstützungsangebot aufgebaut. Es geht um konkrete Unterstützungsleistungen im Haushalt oder bei der Mobilität, um Freizeitangebote, kulturelle Veranstaltungen, öffentliche Aktionen und mehr.

Bürgerinnen und Bürger aktiv in Enger

„Die Profis kümmern sich um die Defizite, wir kümmern uns um die Fähigkeiten!“ Mit diesem Satz beschreiben die engagierten Bürgerinnen und Bürger in Enger, worum es ihnen geht. Ältere und beeinträchtigte Menschen sollen aktiver Teil des Gemeinwesens bleiben können und die Unterstützung erhalten, die sie dazu benötigen. Stütz- und Ausgangspunkt des umfangreichen bürgerschaftlichen Engagements ist der Generationentreff und die Alzheimer-Beratungsstelle. Von hier aus wurden niedrigschwellige Angebote, Beratungssprechstunden, Selbsthilfegruppen und Freizeitaktivitäten jeglicher Art – vom Dorfsingen bis zu Fahrradtouren und mehr – aufgebaut: alles ehrenamtlich! Die Kooperation mit professionellen Dienstleistungsanbietern wird natürlich zielgerichtet realisiert. Doch den Aktiven im Ort ist es wichtig, die gelebte Sorge (*Care*) um die alten und demenziell veränderten Bürgerinnen und Bürger nicht allein wirtschaftlich ausgerichteten Einrichtungen zu überlassen („Von Bürgern mit und für andere Bürger“). Von Enger ausgehend ist man dabei, in den anderen Gemeinden des Landkreises Herford Unterstützung beim Aufbau *eigener* ehrenamtlicher Strukturen und Angebote zu leisten.

<https://enger-menschenfreundliche-kommune.de/generationentreff-enger>

„Ob im Sportverein, in der Kinderbetreuung, der Flüchtlingshilfe, der Seniorenarbeit oder der Demenzhilfe – ohne bürgerschaftliches Engagement, ohne Ehrenamt, wäre unsere Gesellschaft weniger bunt, weniger herzlich und weniger fordernd. Und ohne das Hauptamt und die ausgebildete Professionalität würde die Basis fehlen, auf die wir uns verlassen und die wir ausbauen können. Am stärksten aber ist eine Gesellschaft, die gemeinsam handelt und sich dadurch gegenseitig stärkt. Als Landrat und Politiker bin ich gerne gefordert, genau das zu unterstützen!“
 Jürgen Müller, Landrat Kreis Herford

Nicht immer stehen Verwaltung und politisch Verantwortliche solch engagiertem Tun von Bürgerinnen und Bürgern von Anfang an positiv gegenüber.

Beispiel Ettenheim

Als sich in Ettenheim (11.000 Einwohnerinnen und Einwohner) seinerzeit Bürgerinnen und Bürger aufmachten, um dafür Sorge zu tragen, dass alle alten und pflegebedürftigen Menschen ihren Lebensabend in ihrem Wohnort verbringen können, stießen sie vor allem auf eins: auf Ablehnung! Die klassischen Dienstleistungsanbieter sahen in dem Bürgerengagement nur Konkurrenz. Und die Kommunalpolitik reagierte ebenfalls nur mit Misstrauen.

Weil sich die engagierten Ettenheimer, die sich in einem Förderverein organisiert haben, davon nicht abschrecken ließen, konnte schließlich allen Widerständen zum Trotz ein großes Haus gekauft und ein betreutes Wohnangebot aufgebaut werden. „*Ein Haus, das vom Engagement der Bürger lebt – unvorstellbar für viele!*“³² Heute gilt Ettenheim als ein gelungenes Beispiel für den kreativen Umgang mit der demografischen Frage. Und das sieht auch die Kommunalpolitik so!
www.ettenheim.de/betreutes-wohnen

Das letzte Beispiel zeigt, dass selbstbestimmtes Bürgerengagement, das nicht im Gewand klassischen Ehrenamts daherkommt, auch auf Misstrauen bei Behörden, Politik und dem Versorgungssystem stoßen kann. Denn es ist eigenwillig, selbstbestimmt und nicht bereit, sich als Erfüllungsgehilfe einordnen zu lassen. Doch es ist genau das Engagement, das benötigt wird,

³² Zitat einer der Initiatorinnen, Barbara Kraus, in: Peter Wißmann: „Hier muss keiner weg! Wie Bürger ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen“, in: demenz. DAS MAGAZIN, 5/2010, S. 11.

um die Zivilgesellschaft zu stärken und im lokalen Raum *Caring Communities* zu schaffen. Die Aufgabe der Kommune ist es, förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung und Unterstützung von Bürgerengagement zu schaffen und eine Kooperation auf Augenhöhe einzugehen. Diese beginnt bei der partizipativen Einbeziehung der Bürgerschaft in lokale Planungs- und Entwicklungsprozesse (→ Kapitel 2.11 Auf Augenhöhe).

2.9 Mit langem Atem!

Integrierte Stadt-, Kreis- und Gemeindeentwicklung

Kommunen benötigen zur Wahrnehmung ihrer Daseinsvorsorgeverpflichtung und zur Schaffung einer *Sorgenden Gemeinschaft* optimalerweise einer integrierten Stadt-, Kreis- und Gemeindeentwicklung.³³ Integriert heißt sie deshalb, weil sie alle relevanten Handlungsbereiche bedenkt (Soziales, Bau, Wohnen, Verkehr, Kultur und mehr) und alle diesbezüglichen Teilplanungen zusammenführt. Ein solch übergreifender Ansatz existiert nicht überall. Oftmals stellt sich die kommunale Entwicklungsplanung auch als ein Nebeneinander von kaum oder gar nicht miteinander verbundenen Ressorteinzelplanungen dar. Dass ein solches Denken und Handeln nicht in der Lage ist, die Herausforderungen zu bewältigen, die sich den Kommunen stellen, ist unbestritten.

Eine integrierte kommunale Entwicklungsplanung muss zweierlei sein:

- Sozialraumplanung sowie
- Teilhabe- und Inklusionsplanung.

2.9.1 Sozialraumplanung

„Die Sozialraumplanung ist eine Form der Sozialplanung. Diese verfolgt dieselben Ziele, wo es um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen städtischen Teilräumen sowie den Ausgleich wirtschaftlicher, infrastruktureller, sozialer, ökologischer und kultureller Verhältnisse geht (...). Jedoch ist die Sozialraumplanung auf sozialräumliche Strukturen und auf sozialgeographisch abgrenzbaren Lebensraum (z. B. Stadtteil, Viertel, Dörfer oder ähnliche Lebensräume von Menschen) fokussiert.“³⁴

³³ „Der Ansatz der integrativen kooperativen Sozialplanung“, in: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg (Hrsg.): Rolle der Freien Wohlfahrtspflege in der integrativen kooperativen Sozialplanung. Stuttgart 2018.

³⁴ <http://blogs.hawk-hhg.de/sozialraumplanung/was-ist-sozialraumplanung/>

Weil sozialräumliche Entwicklungsprozesse heute oftmals mit Begriffen wie Quartiersplanung und -entwicklung tituliert werden, sollte deutlich gemacht werden, dass damit nicht allein städtische, sondern ebenso dörfliche Lebensräume gemeint sind. Letztlich geht es um Planungs-räume, dem sich seine Bewohnerinnen und Bewohner zugehörig fühlen und mit denen sie sich identifizieren. Daher sollten sie auch nicht mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner umfassen.³⁵

Die Bausteine einer sozialräumlichen beziehungsweise Quartiersplanung sind an vielen Stellen ausführlich beschrieben worden (→ siehe auch: [Kapitel 5 Zum Vertiefen](#)). Auf einzelne soll im weiteren Text mit Blick auf ältere und demenziell veränderte Menschen noch einmal eingegangen werden (→ [Kapitel 2.10.1 Bedarfsanalyse](#)).

2.9.2 Teilhabe und Inklusionsplanung

Die Teilhabe und Inklusionsplanung beschreibt die inhaltliche Orientierung von Stadt-, Kreis- und Gemeindeentwicklungsprozessen. Diese ergibt sich aus der pluralistischen Struktur unserer Gesellschaft und der unter anderem durch die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) vorgenommenen menschenrechtlichen Verankerung gesellschaftlicher Teilhabe und Inklusion für alle Bürgerinnen und Bürger.

Ein inklusiver Sozialraum ist nach Definition des Deutschen Vereins „(...) ein barrierefreies Lebensumfeld, das alle Menschen mit und ohne Behinderungen, alte und junge Menschen, Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund selbstbestimmt gemeinsam nutzen und mitgestalten können. Zur Schaffung inklusiver Sozialräume braucht es eine gemeinsame Strategie aller Akteure vor Ort. Merkmale eines inklusiven Sozialraums (...) sind:

- Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung;
- Barrierefreiheit und Kultursensibilität;
- Begegnungs- und Netzwerk- sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen;
- Partizipation an Planungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen;
- Inklusion von Anfang an, d. h., Inklusion wird auch im Rahmen einer offenen Kinder- und Jugendarbeit und einer inklusiven Bildung berücksichtigt;
- eine Haltung, die alle einbezieht und niemanden ausschließt – Wertschätzung von Vielfalt und umfassender Teilhabe.³⁶

(→ [Kapitel 2.7 Mittendrin sein und bleiben](#))

³⁵ Kuratorium Deutsche Altershilfe: Ist-Analysen im Quartier, S. 2.

³⁶ Jürgen Hartwig/Dirk Willem Kroneberg (Hrsg.): Inklusion – Chance und Herausforderung für Kommunen. Berlin 2014, S. 150.

Eine integrierte Stadt-, Kreis- und Gemeindeentwicklung ist nicht in allen Kommunen vorhanden. Sie sollte jedoch das Ziel sein und selbstverständlich auch die Interessen und Bedarfe der älteren und (kognitiv) beeinträchtigten Menschen miteinbeziehen. Die nachfolgenden Ausführungen betreffen sowohl Kommunen mit einer (realisierten oder angestrebten) integrierten Planung, als auch solche Kommunen, die sich aktuell auf einem anderen Stand ihres Tuns befinden.

2.10 Erst schauen, dann tun!

Bedarfsanalyse und Planung

Wo immer für die Zukunft geplant werden soll, braucht es eine realistische Bedarfsanalyse und ein fundiertes Planungsverfahren. Und all das muss auf dem Hintergrund eines zivilgesellschaftlichen Politik- und eines modernen Verständnisses von Kommune als partizipativem Prozess gestaltet werden. Was bedeutet das mit Blick auf ältere und (kognitiv) beeinträchtigte Bürgerinnen und Bürger?

2.10.1 Bedarfsanalyse

Engagement und politischer Gestaltungswille sind gut. Sie können aber auch in die Irre führen, wenn sie nicht auf einer realistischen Bedarfserhebung fußen. In einem solchen Fall können Maßnahmen leicht wirkungslos verpuffen.

Eine Bedarfsanalyse wird allgemein definiert als „eine Analysenart zur Feststellung des Bedarfs an Waren, Dienstleistungen oder Personal in einer bestimmten Region, einer bestimmten Personengruppe oder in einem bestimmten Zeitraum“³⁷ Im Kontext kommunaler Anstrengungen zur Schaffung einer *Sorgenden Gemeinschaft* kann eine Bedarfsanalyse sich jedoch nicht allein auf einen Akt beruflicher Expertinnen und Experten beschränken, sondern muss zwingend die Wünsche und Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe – zum Beispiel der Bürgerinnen und Bürger eines Quartiers, der älteren Bewohnerinnen und Bewohner – erheben.

³⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Bedarfsanalyse>

Für die Durchführung von Bedarfsanalysen ist eine Reihe von Erhebungsinstrumenten in der Praxis bekannt, so zum Beispiel:

- Weitwinkelscan
- Quartiersbegehung
- Stakeholder-Analyse

Anregungen für Methoden bieten:

- www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/
- Frauke Schönberg: Beteiligungsorientierte Methoden und Verfahren, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Initiieren – Planen – Umsetzen. Handbuch kommunale Seniorenpolitik. Gütersloh 2009, S. 132–145.
- Thorsten Mehnert/Ursula Kramer-Preiß: Ist-Analysen im Quartier: www.fernsehlotterie.de/content/uploads/2016/06/Quartiersentwicklung_Handreichung-1_Ist-Analyse_02-14_1.pdf

In **Hannover** hat der Kommunale Seniorenservice Hannover (KSH), ein Bereich der Stadtverwaltung, im Rahmen eines über das Programm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ geförderten Projekts in zwei ausgewählten Stadtteilen versucht, Bürgerinnen und Bürger sowie andere Akteure zu mobilisieren, um Ideen zu einer verbesserten Teilhabe von Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen zu entwickeln und voranzutreiben. Nach einer Datenanalyse des Stadtteils fanden Ortsbegehungen statt, wurden Interviews mit Schlüsselpersonen geführt und die Bürgerinnen und Bürger per Fragebogen zu ihren Einschätzungen gefragt. Bei den Ortsbegehungen ging es weniger um eine Datenerhebung, sondern um ein „Erfühlen des Stadtteils“ aus der möglichen Sicht von Menschen mit Demenz. Die Aufmerksamkeit galt unter anderem folgenden Aspekten: Wie weit beziehungsweise kompliziert sind die Wege zum nächsten Bäcker, Apotheker oder Einzelhändler? Wie erreichbar sind diese Stationen bei nachlassender Orientierung oder mit einem Rollator? Welche Aufenthaltsqualität haben bestimmte öffentliche Räume? Die Dokumentation der Ortsbegehung erfolgte mittels Kamera.³⁸

³⁸ Martina Herr/Christoph Gimmler: „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz. Das Projekt in Hannover. Bausteine demenz“, in: demenz. DAS MAGAZIN 29/2016, S. 27–44.

In **Eichstetten**, das sich das Ziel gesetzt hat(te), pflegebedürftigen und demenziell veränderten Menschen einen Verbleib in der Gemeinschaft des Dorfs zu ermöglichen (→ Kapitel 2.3 *Wie soll das Alter werden?*), entschied man sich für die Befragung von Multiplikatoren als Mittel zur Bedarfserhebung.

„Durch die im Dezember 1998 durchgeführten ‚Multiplikatorenbefragungen‘ konnten wichtige Informationen und Anregungen für die Zukunft des Dorfes gewonnen werden. Bürger, Gemeinderäte und Verwaltung haben eine Struktur aufgebaut, mittels derer projektorientierte Aufgaben in Arbeitskreisen diskutiert und formuliert werden.“³⁹

In der NRW-Stadt **Arnsberg** hat man recht früh der Zielgruppe demenziell beeinträchtigter Menschen Aufmerksamkeit geschenkt. Bereits vorher hatten die politisch Verantwortlichen und die Verwaltung die Herausforderung des demografischen Wandels angenommen und ihre Bürgerinnen und Bürger in den 1990er-Jahren im Rahmen einer Befragung aktiv einbezogen. Die Fragestellung lautete hier: „*Wie will ich leben, wenn ich älter bin?*“ Und Überlegungen zu den Möglichkeiten eines Älterwerden(können)s im angestammten Lebensumfeld müssen zwangsläufig auch Optionen von Pflegebedürftigkeit und kognitivem Abbau antizipieren.

2.10.2 Planungs- und Handlungsschritte

Die Erhebung von Bedarf und Situation bildet die Basis für die daraus aufbauende Planung von Handlungsschritten und deren Umsetzung. Oftmals dient die Bedarfserhebung dabei auch der Mobilisierung von Personen, die für weitergehende Schritte gewonnen werden sollen.

³⁹ www.eichstetten.de/buergerinfo/be/be_kurz.htm

Hannover

In dem bereits vorgestellten Beispiel aus Hannover war die Befragung von Bürgerinnen und Bürgern als aktivierende Befragung angelegt. Mithilfe offener Fragen wollte man dabei mit Menschen im Stadtteil ins Gespräch kommen, ihre Meinungen erheben und zudem ihre Bereitschaft zu einer Mitwirkung an Planungs- und Veränderungsprozessen in Erfahrung bringen. Fragen lauteten beispielsweise:

- Aus wissenschaftlichen Untersuchungen weiß man, dass Seniorinnen und Senioren – besonders wenn die geistigen Kräfte nachlassen – in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen. Was meinen Sie: Würde eine Seniorin oder ein Senior in Ihrer Nachbarschaft die nötige Unterstützung erhalten?
- Wenn ja: Woran machen Sie das fest?
- Wenn nein: Was würde helfen, damit die Seniorin oder der Senior in ihrer beziehungsweise seiner vertrauten Umgebung wohnen bleiben kann?
- Was könnte Sie motivieren, sich am geplanten Welt-Café zu beteiligen?

Die aktivierende Befragung mündete in zwei Welt-Cafés, deren Zusammensetzung einen gelungenen Mix aus *normalen* Bürgerinnen und Bürgern, Vertreterinnen und Vertretern aus der Versorgungslandschaft, Sport, Kultur und Politik darstellte. Es herrschte eine hohe Arbeitsintensität und am Ende standen die Bildung von weiterführenden Arbeitsgruppen und die Verabredung konkreter Vorhaben.

Ostfildern

In der 48.000-Einwohner-Stadt Ostfildern in Baden-Württemberg wurde 2017 ein Plan „Gutes Älterwerden in den Stadtteilen Ostfilderns“ erarbeitet und verabschiedet. Dieser steht nicht für sich, sondern ist Teil einer integrierten Stadtentwicklungsplanung (→ [Kapitel 2.9 Mit langem Atem!](#)). Im Stadtteil Nellingen wurde im Sommer 2018 unter dem Motto „Wir gestalten unsere Zukunft: Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten“ ein Entwicklungsprozess gestartet, der nach einem entsprechenden Beschluss des Gemeinderats zur Quartiersentwicklung Nellingen die folgenden Schritte vorsieht:

- Auftaktveranstaltung zur Information und Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger
- Arbeit an vier Bürgertischen (mit je fünf Treffen) zu den Themen „Nachbarschaft neu denken“, „Bürger gestalten und verantworten“, „Gutes Leben und Wohnen in Nellingen“ sowie „Wohngemeinschaften als gute Alternative zum Pflegeheim“.
- Arbeit an einem Netzwerktisch
- Bürgerbefragung in Nellingen

Am Ende soll ein Stadtteilkonzept stehen, das dem Gemeinderat und der Bürgerschaft vorgestellt und in die Umsetzung überführt wird.

www.buergerstiftung-ostfildern.de/die-nellinger-buerger-sind-gefragt/

2.11 Auf Augenhöhe!

Partizipatives Handeln

Die Beispiele demonstrieren, wie kommunale sozialräumliche Entwicklungsplanung als partizipativer Prozess gestaltet werden kann, in den die Bürgerinnen und Bürger aktiv involviert sind.

„Glauben Sie mir, in der Verwaltung sind wir schon ganz schön klug. Aber hier in dem Saal ist so viel Klugheit präsent. Gemeinsam sind wir klüger!“ Oberbürgermeister Bolay am 24.07.2018 auf der Auftaktveranstaltung des Quartierentwicklungsprozesses in Ostfildern-Nellingen.

Partizipation ist eines der Grundprinzipien (Art. 3c) und eine der allgemeinen Verpflichtungen (Art. 4 Abs. 3) der BRK. Partizipation ist darüber hinaus integraler Bestandteil eines zivilgesellschaftlichen Politikverständnisses und einer lebendigen Demokratie.

Es existieren zahlreiche Methoden zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Bedarfserhebungen und Planungsprozessen sowie, mit Blick auf die Realisierung, auch eine Reihe erfolgreicher Praxisbeispiele aus Kommunen in ganz Deutschland.

Ein altbekanntes Problem ist jedoch die selektive Reichweite dieser Instrumente. So werden in der Regel überwiegend Menschen von ihnen angesprochen, die es gelernt haben, bestimmte kommunikative kulturelle Techniken zu beherrschen. Bildungsfernere und andere Bevölkerungsgruppen, darunter viele Menschen mit Migrationshintergrund, sind eher selten einbezogen. Menschen mit Pflegebedarf, immobile Personen und erst recht Menschen mit kognitiver Einschränkung fallen in der Regel komplett aus Bürgerbeteiligungsprozessen klassischer Art heraus. Es bedarf daher besonderer Anstrengungen, einer größeren Portion Fantasie und der Bereitschaft, neue Wege zu gehen, um auch diese Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.

Es dürfte eher die Ausnahme bleiben, dass sich demenzbetroffene Menschen in World-Cafés, Zukunftswerkstätten und regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen herkömmlicher Art – generell oder kontinuierlich – einbringen. Vielleicht tun sie das aber partiell und zielgerichtet. Das zeigt auch das folgende Beispiel.

Kunst sinnlich erleben

Wie kann Menschen mit Demenz ein barrierefreier Zugang zur Kunst ermöglicht werden und kulturelle Teilhabe gelingen? Darum ging es in dem Projekt „Ruhrkunstmuseen sinnlich erleben“ des Lehmbruck Museums Duisburg. Schon bei der Antragstellung waren Demenzbetroffene darin aktiv einbezogen. In der Projektlaufzeit nahmen sie gezielt und selektiv an mehreren Veranstaltungen und Arbeitstreffen teil, testeten Museumsangebote und vermittelten den professionellen Kunstvermittlern in Schulungen ihr Erleben und ihre Erfahrungen. Der partizipative Projektansatz führte dazu, dass Angebote passgerecht auf die Bedürfnisse der avisierten Adressaten ausgerichtet werden konnten. Auch in dem sich daran anschließenden EU-Projekt „Museums Art & Alzheimer’s“, in dem ein offenes Begegnungsatelier entstand, waren Demenzbetroffene aktiv in alle Entwicklungs-, Umsetzungs- und Evaluationsschritte eingebunden. So nahmen sie auch an internationalen Arbeitstreffen teil und brachten ihre Erfahrungen und Sichtweisen in den Austausch mit den Projektpartnern aus unterschiedlichen Ländern ein.

www.maaproject.eu/moodle/mod/page/view.php?id=34

www.maaproject.eu/moodle/mod/page/view.php?id=1

Das Duisburger Beispiel widmete sich einem kommunal relevanten Thema, der kulturellen Teilhabe demenziell beeinträchtigter Menschen. Es ist auf andere Situationen und kommunale Planungs- sowie Beteiligungsprozesse übertragbar. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus einer unterstützten Selbsthilfegruppe von Menschen mit Demenz (→ [Kapitel 2.6 Auf stabilem Fundament](#)). Solche leider bisher nur selten vorhandenen Gruppen bilden einen besonders geeigneten Anknüpfungspunkt für die Einbeziehung betroffener Personen.

Eine solche Einbeziehung benötigt zudem in jedem Fall auch besondere Unterstützungsangebote sowie Veranstaltungsformate für die Personen, die bereit sind, sich einzubringen. Hier kann das Beispiel der KuKuK-Workshops wichtige Anregungen geben.

Begegnungs-Workshops

In Stuttgart wurden von der Demenz Support gGmbH und der Künstlervermittlung Menschen mit demenzieller Beeinträchtigung und Berufskünstlerinnen und -künstler zu zwei Workshops („KuKuK-Workshops“) zusammengebracht. Ziel war es, Einblick in das Leben der jeweils anderen Personengruppe zu gewinnen, Vorurteile und Ängste abzubauen und gemeinsame Projekte zu entwickeln. So ist beispielsweise aus den Workshops der Teilhabe-Kanal KuKuK-TV (YouTube) entstanden, an dem ältere und Menschen mit kognitiver Behinderung aktiv mitarbeiten. Der Erfolg dieser Veranstaltungen ist in der speziellen Form ihrer Durchführung und der assistierenden Unterstützung der demenzbetroffenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer begründet. Das waren insbesondere:

- Persönliche Assistenz für jede teilnehmende Person (mit kognitiver Beeinträchtigung), die bei der Kommunikation und dem *Übersetzen* bei Verständnisschwierigkeiten half
- Visuelle Darstellungstechniken, keine Fokussierung auf verbale Kommunikationsformen
- Vorbereitung auf die Workshops im Vorfeld (z. B. gemeinsame Vorbereitung einer Vorstellung der Person)
- Transparente Darstellung des Stils der Veranstaltungen
- Offenheit in Bezug auf Verlauf und Ergebnis
- Konsequente Moderation, die einen Ausgleich zwischen *starken* und *weniger starken* Teilnehmerinnen und Teilnehmern herstellte
- Methoden, die gegenseitiges Zuhören einforderten⁴⁰

⁴⁰ Christina Kuhn: „Loslassen und weitermachen“, in: Demenz Support Stuttgart (Hrsg.): *Beteiligtsein von Menschen mit Demenz. Praxisbeispiele und Impulse*. Frankfurt am Main 2017, S. 57–67.

Die Vorgehensweise in den KuKuK-Workshops ist auf andere Situationen und kommunale Planungs- sowie Beteiligungsprozesse übertragbar.

Wenn es um räumliche, bauliche und städteplanerische Aspekte in der Kommune geht, stellen Stadtteilbegehungen ein probates Mittel der Einbeziehung und der aktiven Teilhabe von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen dar.

Wohnen – Stadt – Demenz

In Stuttgart haben das Zentrum für nachhaltige Stadtentwicklung der Hochschule für Technik und die Wüstenrot Stiftung gemeinsam ein Lehrforschungsprojekt zu neuen Wohnformen für ein möglichst langes selbstständiges Leben älterer Menschen, insbesondere auch mit einer demenziellen Beeinträchtigung, durchgeführt (Wohnen – Stadt – Demenz). „Sowohl die Chancen für ein langes selbstständiges Wohnen älterer Menschen als auch die Möglichkeiten, neue Wohnformen für ein Leben mit Demenz zu entwickeln, werden stark von der Qualität der städtebaulichen Rahmenbedingungen beeinflusst. Im Projekt werden Erkenntnisse zu neuen Wohnformen für ein Leben mit beginnender und fortgeschrittener Demenzerkrankung erarbeitet und neue Formen einer verbesserten Inklusion im Quartier aufgezeigt. Die Inhalte und Erkenntnisse des Lehrforschungsprojektes fließen in die Ausbildung an der HFT Stuttgart ein.“⁴¹ In diesem Rahmen wurden auch Stadtteilbegehungen mit demenziell veränderten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt, bei denen diese förderliche und hinderliche Umweltfaktoren in ihrem Umfeld identifizierten und in das Forschungsprojekt einbrachten. Dieser partizipative Arbeitsansatz wird auch zukünftig in den Lehrveranstaltungen beibehalten werden.

www.kukuk-tv.de Video: Forschungsprojekt „Wohnen Stadt Demenz“ – Demenzbetroffener zeigt Studenten sein Wohnumfeld

⁴¹ www.hft-stuttgart.de/Forschung/Projekte/Projekt174.html/de

2.12 Zwischen Feld und Wiesen

Kommunen im ländlichen Raum

Die Lebensbedingungen in einer Stadt und auf dem Land unterscheiden sich in der Regel erheblich. Zwar gibt es nicht *den* ländlichen Raum, weil wir es auch hier durchaus mit unterschiedlichen Entwicklungen und Situationen zu tun haben. Gleichwohl kann man verallgemeinernd feststellen, dass in der Regel in städtisch geprägten Räumen die Struktur an Unterstützungsangeboten und Dienstleistungen, insbesondere mit Blick auf ältere, immobile und kognitiv eingeschränkte Personen, deutlich besser und vielgestaltiger ist, als in ländlichen Regionen. Hierzu müssen auch die vielerorts rasant wachsenden *Speckgürtel* von Städten gerechnet werden. Ein großer Teil des ländlichen Raums hat hingegen mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen, die alle dort lebenden Menschen, vor allem aber die genannte Gruppe betreffen. Mit dem (oft berufsbedingten) Wegzug der Jüngeren in andere Regionen erfolgt eine Ausdünnung der Infrastruktur. Das betrifft die Einkaufsmöglichkeiten ebenso wie den öffentlichen Nahverkehr. Arztpraxen sind oft weit entfernt in anderen Städten. Fehlende Mobilität wird zum Verhinderer von Teilhabe und Lebensqualität. Wer pflegebedürftig wird und nicht anderweitig betreut werden kann, muss sein angestammtes Umfeld verlassen und in ein Heim in der nächstgelegenen größeren Stadt ziehen. Das bedeutet das Herausfallen aus der dörflichen oder anderen Gemeinschaft und eine soziale Entwurzelung.

Um diesen Problemen entgegenzuwirken, bedarf es vor allem fantasievoller Initiativen auf kommunaler Ebene. Wo Mobilität zum zentralen Problem wird, weil keine Busse mehr fahren oder beeinträchtigte Menschen nicht zu den Orten gelangen können, wo sie Unterstützung oder Angebote finden, müssen Alternativen entwickelt werden.

Fahrdienst *Bürgerbus Ehningen* (Landkreis Böblingen)

Immer wöchentlich donnerstags holt der Ehninger Bürgerbus ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die innerörtlich nicht mobil sind und/oder Probleme haben, längere Strecken zu Fuß zu gehen, zu Hause ab und fährt diese zum Einkaufen (...). Der Einstieg in den Bus sollte selbstständig möglich sein (Rollatoren können mitgenommen werden). Der „Bürgerbus“ fährt an Donnerstagen vormittags ab 9.00 Uhr in den Ortskern zum Einkaufen oder für andere Erledigungen, nachmittags ab 14.00 Uhr werden donnerstags Fahrten zum Waldfriedhof angeboten. Notwendig ist eine Anmeldung der Fahrt beim Familienreferat (...). Die Fahrt kostet 0,50 € je

Einstieg. Das Projekt *Bürgerbus* ist eine erste Umsetzung der Ergebnisse aus der *Bürgerbefragung 55plus*, die im Frühjahr 2010 in Ehningen durchgeführt wurde.

www.vvs.de/rundum-mobil/unterwegs/gedfahren-werden-soziale-fahrdienste

Vielerorts decken Bürgerbusse jedoch auch ganz normalen Linienverkehr ab:

„Da dem konventionellen Linienverkehr keine Konkurrenz gemacht werden soll, beschränkt sich das Einsatzgebiet in der Regel auf Bereiche und Zeiten, in denen Linienverkehr nach den üblichen Maßstäben nicht angeboten werden kann.

Es handelt sich hierbei um ganz normalen Linienverkehr mit Kleinbussen. Das heißt, das Fahrtenangebot wird auf einer konzessionierten Linie mit Fahrplan, definierten Haltestellen und genehmigten Tarifen betrieben.“

www.ostwestfalen-lippe-bus.de (Suchbegriff: Bürgerbus)

So wie manchmal Mobilitätsangebote von Bürgerinnen und Bürgern organisiert werden, gibt es auch von Bürgerinnen und Bürgern betriebene Einkaufsläden, die den Wegfall gewerblicher Anbieter aufzufangen versuchen.

Bürgerladen Ippinghausen

„Angefangen hatte alles im Jahr 1994. Nachdem der letzte Lebensmittelladen seine Tore geschlossen hatte, griff Karl Keßler, damaliger Ortsvorsteher, den Wunsch vieler Ippinghäuser Bürgerinnen und Bürger auf. Eine ‚Gesellschaft bürgerlichen Rechts GbR‘ wurde gegründet und mit 200 DM Einlage konnten sich die Bürger am ‚Bürgerladen Ippinghausen‘ beteiligen. Mit viel Eigenleistung und dem bürgerlichen Engagement der Ippinghäuser Bevölkerung wurde der Dorfladen gebaut (...). In Ippinghausen wohnen 1.150 Menschen mit unterschiedlichen Interessen. Bei der Gründung des Dorfladens hatte man sich ursprünglich auf die Zielgruppe der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger konzentriert (...). Lieferung von Einkäufen frei Haus ist nur ein Beispiel, wie Kundennähe im Bürgerladen Ippinghausen gelebt wird.

Bürgerläden sichern Grundversorgung, fördern die dörfliche Gemeinschaft und schaffen Arbeitsplätze – alles unter einem Dach. Hier wird eingekauft. Hier treffen sich Menschen. Hier entsteht Bürgerengagement.“

www.ippinghausen.de/burgerladen.html

Oft sind es die Kommunen, die den Aufbau von Dorf- und anderen Läden unterstützen:

<http://dorfladen-netzwerk.de/>

Personen, die eine 24-Stunden-Betreuung benötigen, werden oftmals sozial entwurzelt (s.o.), weil es in ihrem Dorf oder in ihrer kleinen Stadt keine stationäre Pflegeeinrichtung gibt. Die Alternative dazu ist eine ambulant betreute Wohngemeinschaft, die mit ihren acht bis zehn Plätzen in der Regel den kompletten Bedarf vor Ort abdecken kann.

Die Wohngemeinschaft im Dorf

„Die Mitglieder der Dorfgemeinschaft Kiebingen haben sich zusammengefunden, um sich der vielfältigen Aufgaben des Generationenvertrages und seiner Herausforderungen in unserem Ort anzunehmen (...). Angesichts der enormen Herausforderungen durch die Veränderungen in der Altersstruktur unserer Gesellschaft stellt sich die Frage, ob und wie wir in der Lage sind, die damit verbundenen sozialen, gesundheitlichen und finanziellen Probleme zu meistern. Ein ehrlicher Blick auf die eigene Hinfälligkeit mag vor Augen führen, dass Handlungsperspektiven entwickelt werden müssen, solange wir noch einigermaßen im Vollbesitz unserer körperlichen und geistigen Kräfte sind (...). An diesem Gedanken orientiert, hat die ‚Dorfgemeinschaft Kiebingen e.V.‘ mit dem *Bürgertreff* und der *selbstverantworteten Wohngemeinschaft* im Zentrum Kiebingens sowohl einen vielfältig nutzbaren Begegnungsraum geschaffen wie auch eine Wohngemeinschaft ermöglicht, in der zehn ältere und/oder behinderte Menschen ihren Lebensabend mitten im Dorf verbringen können (...). Das besondere Anliegen ist es, den Bewohner-innen den engen Kontakt zu ehemaligen Nachbarn, Freunden und Bekannten im Dorf zu ermöglichen und sich je nach ihren Möglichkeiten am Alltagsleben noch rege zu beteiligen – sie sollen weiterhin mit dazugehören. Dies wird durch die Lage der Wohngemeinschaft inmitten des Dorfes besonders begünstigt. Den Bewohner-innen bleibt so ihre vertraute Umgebung, und für die Angehörigen besteht jederzeit und ohne aufwändige Anfahrt die Möglichkeit zum Besuch.“

www.dg-kiebingen.de

Die kleinteilige und familienähnliche Organisationsform einer Wohngemeinschaft ermöglicht die Verankerung im vertrauten Sozialraum und verhindert soziale Entwurzelung. Gerade für ländliche und für kleine Gemeinden stellt sie eine geeignete Möglichkeit dar, unterstützungsbedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern den Verbleib in der Gemeinschaft zu sichern.

Dabei können solche Wohnformen durchaus auch in einem besonderen Rahmen angesiedelt sein: zum Beispiel auf einem Bauernhof. Während ein solches Setting in anderen Ländern bereits weiter verbreitet ist⁴², steht man in Deutschland gerade erst am Anfang einer solchen Entwicklung⁴³.

Wohngemeinschaft auf dem Bauernhof

Im rheinland-pfälzischen Dorf Marienrachdorf existieren zwei Seniorenwohngemeinschaften auf dem Gelände eines Bauernhofes, der auch heute noch als solcher genutzt wird. Eine befindet sich im sanierten Wohngebäude des Bauernhofes. Die andere ist ein Neubau oberhalb des Bauernhofes. Außerdem vorhanden: Schlachtküche, Backes, Stallungen für Kühe, Schweine, Gänse, Hasen und Hühner. Die Seniorinnen und Senioren sind pflegebedürftig, einige auch demenziell verändert. Wohnküche und Wohnzimmer werden gemeinsam genutzt. Die Bewohnerinnen und Bewohner bestimmen selbst den Tagesablauf. Jeder kann sich aktiv auf dem Bauernhof einbringen (z. B. Kartoffel-/Eierverkauf an der Haustür, Pflege der Hühner und Gänse). Eine 24-Stunden-Betreuung ist durch einen Pflegedienst gewährleistet. Die Finanzierung der WGs auf dem Bauernhof richtet sich nach denselben Kriterien und Vorgaben, die auch für andere Pflege-Wohngemeinschaften gelten.

www.pusch.ws/fileadmin/pusch_gmbh/dateien/Dokumente/Senioren-WG.pdf

Bauernhöfe können nicht nur ein Rahmen für Wohngemeinschaften, sondern ebenso für andere Wohnformen wie beispielsweise das Servicewohnen für ältere Menschen sein. In Bayern existiert seit mehreren Jahren ein entsprechendes Förderprogramm.⁴⁴ Kernidee ist bei all diesen Projekten, die Interessen der Landwirtschaft (Nebenerwerb, ökonomische Sicherung von Kleinbetrieben) und der Altenhilfe (passgerechte Wohn- und Betreuungsformen für Menschen aus ländlichen Räumen) synergetisch zu verschränken.

Neben dem Wohnen können Bauernhöfe auch als Freizeit- und Betreuungsangebote für ältere und kognitiv veränderte Menschen dienen.

⁴² Pro Alter 2/17: „Die neue Landlust: Bauernhof statt Altenheim“ Bausteine.Demenz „Anders wohnen“, in: demenz. DAS MAGAZIN 15/2012.

⁴³ www.demenz-service-nrw.de (Suchbegriff: Fachtagung Bauernhöfe)

⁴⁴ www.stmelf.bayern.de/landwirtschaft/erwerbsskombination/106259/index.php

Bauernhöfe als Erlebnisorte für Menschen mit Demenz

In Schleswig-Holstein können Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung mittlerweile auf mehreren Bauernhöfen anregende Freizeitaktivitäten erleben. *„Der Bauernhof ist ein idealer Ort, um Menschen emotional zu berühren und an ihre Wurzeln zu führen. Die älteren Generationen haben oftmals auf Höfen gearbeitet oder dort gelebt. Gerade für Menschen mit Demenz sind berührende Momente auf dem Bauernhof möglich. Die Zeit dort knüpft an vorhandene Ressourcen an, weckt Erinnerungen und regt die Sinne an.“* Gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer berät das Kompetenzzentrum Demenz Schleswig-Holstein Höfe beim Aufbau von Betreuungsangeboten. Diese können von Einzelpersonen oder von Gruppen genutzt werden und sind von den Pflegekassen als Betreuungs- und Entlastungsangebote anerkannt. Denkbar sind auch weitere Betreuungsangebote wie zum Beispiel Urlaub auf dem Hof.

www.demenz-sh.de/hilfen-vor-ort/bauernhoefe-als-orte-fuer-menschen-mit-demenz/

Doch trotz Initiativen und Angeboten wie beispielsweise Wohngemeinschaften, Bürgerläden oder Bauernhöfen als Erlebnisorte muss realistisch anerkannt werden, dass nicht jede Kommune immer alles Notwendige allein abdecken kann. Daher bedarf es interkommunaler Kooperationen. Das muss nicht nur Fragen wie beispielsweise den Brand- oder Katastrophenschutz betreffen, sondern sollte auch auf Wohn-, Freizeit-, Betreuungs-, Mobilitäts- und weitere Angebote für ältere und beeinträchtigte Menschen ausgeweitet werden.

Wie wollen wir in unserem Gemeinwesen alt werden? Was als Einstieg in einen Diskurs für alle Kommunen vorgeschlagen wurde, kann sich in den überschaubaren und gewachsenen Strukturen eines Dorfes vermutlich noch direkter realisieren lassen als in urbanen Zentren (→ [Kapitel 2.2 Alle mal hinschauen!](#)). Doch wie überall braucht es auch hier eine Person (z. B. Bürgermeisterin oder Bürgermeister) oder eine Institution (z. B. Landfrauenverein), die den ersten Stein wirft.

2.13 Die kleinen Helfer

Technische Assistenz

Technische Hilfsmittel und Infrastruktur können die demografische Herausforderung, vor denen die Kommunen stehen, nicht lösen. Sie können aber hier und dort sinnvolle Unterstützung leisten. (Nicht nur) In kleineren Gemeinden und in ländlichen Regionen stellt der Zugang

zum Internet eine wichtige Voraussetzung dar, um soziale Kontakte aufrechterhalten und die Folgen fehlender Infrastruktur teilweise ausgleichen zu können (z. B. Liefer- und Bestelldienste). Gerade im ländlichen Raum werden mancherorts aus diesem Grund Zweckverbände oder Bürgergesellschaften für die Erschließung eines Internetzugangs aktiv. Hier gewinnt angesichts der Entfernungsproblematik auch das Thema Telemedizin eine besondere Bedeutung. Während technische Unterstützungssysteme von den einen in ihrer Relevanz vermutlich deutlich überschätzt werden, stoßen sie bei anderen auf große Skepsis und Ablehnung. Insbesondere viele ältere Menschen tun sich noch schwer mit ihnen. Die Möglichkeiten aufzuzeigen, die im Einsatz bestimmter technischer Systeme und Hilfsmittel liegen können, und die Bürgerinnen und Bürger mit ihnen vertraut zu machen, stellt daher eine lohnende Aufgabe für Kommunen dar.

Eine Kommune macht sich technikfit

Zwischen Januar 2014 und März 2017 machte sich die Gemeinde Böbingen an der Rems daran, mit unterschiedlichen örtlichen Partnern eine vernetzte und selbst organisierte Beratungsstruktur zu technischen Hilfen im Alter aufzubauen. Im Rahmen des Projekts wurden die in der Kommune ansässigen Hilfs-/Unterstützungs- und Dienstleistungsanbieter durch Qualifizierungen und unterschiedliche Formen der Informationsarbeit darin unterstützt, ältere Menschen bedarfsgerecht zum Thema technische Hilfsmittel zu beraten und assistierende Technologien in Haushalten zum Einsatz zu bringen. Dieser Qualifizierungsprozess ging einher mit einer intensiven Aufklärungsarbeit zum Thema technische Hilfen im Alter, die sich an alle Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde richtete. Im Laufe des dreijährigen Projekts konnte ein bunter Strauß unterschiedlicher, auch unkonventioneller Aktivitäten und Maßnahmen umgesetzt werden. Geboten wurden unter anderem Vortragsabende, Ausstellungen, aber auch Gemeindefeste, Fortbildungen und Exkursionen in eine Musterwohnung. Auf diese Weise ist es gelungen, unterschiedliche Akteure als Mitstreiter im Projekt zu gewinnen. Damit zeigte sich auf beeindruckende Weise, wie ein buntes und vielfältiges Netzwerk an Partnern entstehen kann, die sich dem Thema widmen. Im Ergebnis konnte die Sensibilität der Bevölkerung von Böbingen für technische Unterstützungssysteme erhöht werden. Zum anderen wurde ein Produktkoffer mit diversen technischen Geräten zusammengestellt, aus dem sich Interessierte Geräte ausleihen und diese ausprobieren können.⁴⁵

⁴⁵ www.demenz-support.de (Suchbegriff: technikfit)

Technische Hilfsmittel werden oftmals im Kontext des Themas Alter und Demenz unter dem Aspekt von Sicherheit und Überwachung diskutiert. Viel lohnender dürfte jedoch der Blick auf das Unterstützungspotenzial von Technik für die selbständige Lebensführung und die soziale Teilhabe sein.

KommmiT

Die Stadt Stuttgart ist Partner in einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt mit dem Namen „Kommunikation mit intelligenter Technik (KommmiT)“. Es wird ein Servicenetz entwickelt, das die Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren erhöht, die soziale Teilhabe stärkt und gleichzeitig Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen bietet. Hauptzielgruppe sind **Seniorinnen und Senioren**, die ihr Kommunikations- und Unterstützungsnetzwerk ausbauen möchten und bislang keinen Zugang zu Technik und Medien haben. Denn insbesondere ältere Menschen können von Technik- und Medienkompetenz in hohem Maße profitieren: Beispielsweise können auf diesem Wege **Menschen, die allein leben und ein kleines soziales Netzwerk** haben, auch von zu Hause aus Kontakte knüpfen und pflegen: Unabhängig von möglichen Barrieren, wie beispielsweise Einschränkungen in der Mobilität oder Pflegebedürftigkeit, wird so soziale und digitale Teilhabe realisiert. Das **Servicenetz** basiert auf zwei Säulen: einem **lokalen Servicebüro** und einem **digitalen Tablet-App-System**. Über das App-System auf einem Tablet werden Module zur Kommunikation bereitgestellt. Neben dem Bereich der Kommunikation bietet das App-System auch Angebote zur Unterhaltung, umfassende Informationen, Hilfen zur Tagesgestaltung und die Möglichkeit, Dienstleistungen zu bestellen. So kann beispielsweise in Erfahrung gebracht werden, welcher Metzger in der Umgebung einen Lieferservice anbietet oder welche Treffen im Viertel stattfinden. Aber auch klassische Alltagsunterstützungen wie Hilfen beim Einkaufen oder bei der Kehrwoche können einfach gefunden und in Anspruch genommen werden. Ein lokales Servicebüro koordiniert die Angebote und dient zudem als Anlaufstelle für Interessierte sowie bei Fragen und Schwierigkeiten. Alle angebotenen Leistungen werden sowohl durch eingebundene professionelle Dienstleister als auch mit Unterstützung bürgerschaftlich Engagierter erbracht. Basierend auf den bereits bestehenden Strukturen wird somit gleichzeitig ein Angebot zum bürgerschaftlichen Engagement geschaffen. Freiwillige Alltags- und Technikbegleiter unterstützen ältere Menschen im Umgang mit der Technik und stehen ihnen begleitend zur Seite. Die dafür erforderlichen Kompetenzen erhalten sie im Rahmen von Schulungen, welche auf einem spezifisch ausgearbeiteten medienpädagogischen Konzept basieren.⁴⁶

⁴⁶ www.kommmiT.info/ueber-uns/

3. Dienstagmorgen in Deutschland – ein Szenario

Dienstagmorgen in einer kleinen Stadt mitten in Deutschland. Heute soll Rita Helmar das Ergebnis der Untersuchungen erfahren, die bei ihr aufgrund zunehmender Gedächtnisprobleme und Orientierungsschwierigkeiten durchgeführt worden sind. Der Arzt lächelt die vor ihm sitzende ältere Dame freundlich an und erläutert ihr die Befunde: *„Tatsächlich ist ihre räumlich-visuelle Leistungsfähigkeit schwächer geworden und auch die Gedächtnisleistung hat nachgelassen. Es ist wichtig, dass Sie wissen, dass Sie mit Ihren Gedächtnisproblemen nicht alleine sind, auch wenn diese vielleicht etwas ausgeprägter sind als bei anderen Menschen Ihres Alters. Ich denke, man sollte dies als einen Zustand betrachten, der Sie mit Herausforderungen konfrontiert und Sie und Ihre Familie in schwierige Umstände versetzt, an die Sie sich gewöhnen müssen. Sie altern zwar, aber Sie sind noch immer ein vitales menschliches Wesen mit kognitiven Stärken. Sie können nach wie vor Dinge für Ihre Familie und für die Gesellschaft tun und auch Ihr eigenes kreatives Potenzial erkunden.“*⁴⁷ Anschließend nimmt sich der Arzt viel Zeit, um mit Rita Helmer und ihrer ebenfalls anwesenden Tochter wichtige Dinge zu besprechen: eine Umstellung bei der Ernährung, die Fortführung ihrer bisherigen sportlichen Aktivitäten und ihrer literarischen Interessen, die Möglichkeit der Mitwirkung an einem Leseprojekt für leseschwache Kinder im Stadtteil. Als die beiden Frauen die Praxis verlassen, sind sie emotional aufgewühlt, aber weder schockiert noch voller Angst. *„Das schaffen wir!“*, bestätigen sie sich gegenseitig.

Zwei Tage später sitzen sie einer Sozialarbeiterin der kommunalen Beratungsstelle „Rund ums Alter“ gegenüber, zu der der Arzt direkt den Kontakt hergestellt hat. Gemeinsam bespricht man, welche Dinge in der Zukunft anstehen und wie Frau Helmar weiter aktiv bleiben kann. Die Beraterin weist auf das Angebot des städtischen Wandervereins hin, der bei seinen Wanderungen auch Menschen mit Beeinträchtigungen berücksichtigt. Ob sie denn Interesse an einem ehrenamtlichen Lotsen habe, der sie bei Bedarf mit Informationen versehen und auch bei manchen Gängen begleiten könne. Zum Wandern zum Beispiel. Oder auch zu einer Lesung. Die Stadt koordiniere nämlich einen Kreis solch ehrenamtlich tätiger Lotsen. Frau Helmar nimmt das Angebot gerne an. Der Blick ihrer Tochter bleibt an einem Flyer auf dem Schreibtisch hängen. Darin wird zu einem Tag der offenen Tür in einer der beiden ambulant betreuten Wohngemeinschaften in der Stadt eingeladen. So etwas kannten die beiden Frauen bisher gar nicht. Nachdem die Sozialarbeiterin ihnen ein wenig darüber berichtet hat, beschließen sie, sich das einmal anzuschauen. *„Nicht für jetzt, aber das kann zukünftig ja interessant für mich werden“*, meint Frau Helmar.

⁴⁷ Angelehnt an Peter J. Whitehouse: *Mythos Alzheimer. Was Sie immer schon über Alzheimer wissen wollten, Ihnen aber nicht gesagt wurde.* Bern 2009, S. 39 ff.

Auf dem Rückweg nach Hause kommen Mutter und Tochter am Marktplatz vorbei, wo heute ein großes Singspektakel stattfindet. Fast fünfzig Menschen haben sich versammelt und schmettern fröhlich Volkslieder in die warme Frühlingsluft. Mit dabei sind auch vier Bewohnerinnen und Bewohner der ambulant betreuten Wohngemeinschaft, von der kurze Zeit vorher noch die Rede in der Beratungsstelle gewesen war. Und auch ihre Nachbarin Lisa Minne und deren Mann entdecken sie in der Menge. Alzheimer soll er haben, heißt es. Jedenfalls wird er jeden Tag von einem Bus abgeholt und verbringt seinen Tag in einer Tagespflegestätte. Heute aber nicht, berichtet Lisa Minne den beiden Frauen. Wann immer es ginge, würden sie beide gemeinsam dienstags an dem Stadtsingen auf dem Markt teilnehmen. Das mache ihnen beiden einfach großen Spaß und hier würde sich niemand daran stören, wenn jemand auch einmal falsch sänge oder sich etwas anders als die anderen verhalten würde. Ob sie denn schon einmal etwas von den ambulant betreuten Wohngemeinschaften gehört habe, wollen Frau Helmar senior und junior von der Nachbarin wissen. „Na klar“, meint diese. Sie sei von dem Konzept so angetan, dass sie gerade dabei sei, mit drei anderen Angehörigen eine neue selbstverantwortete WG in der Stadt zu planen. Von der Kommune würden sie dabei sehr gut beraten und unterstützt. Die beiden könnten ja gerne einmal zu einem Treffen der Initiativgruppe kommen.

Am nächsten Tag berichtet die Tochter von Frau Helmar zwei Kolleginnen in ihrem Betrieb über die neue Situation mit ihrer Mutter. Eine der beiden erzählt von einer Freundin, deren Vater auch Orientierungs- und Gedächtnisprobleme, sogar eine offizielle Demenzdiagnose, habe. Damit er sich möglichst frei bewegen könne, wenn sie auf der Arbeit sei, habe sie sich etwas Schönes ausgedacht. So habe sie mit den Cafés im Umfeld der Wohnung gegangenes Folgendes verabredet: Wenn ihr Vater dort hinkommt, soll man ihn ganz normal bedienen. Da er das Bezahlen meistens vergessen würde, würde sie einmal pro Woche vorbeikommen und die Rechnung begleichen. Das würde bestens funktionieren. Ob die Tochter denn überhaupt keine Angst habe, dass ihr Vater sich verlaufen und nicht mehr nach Hause finden könnte, will die Tochter von Frau Helmar wissen. Aber auch da hat man vorgesorgt: Beim Seniorenamt kann man sich über technische Hilfsmittel beraten lassen und so trage der Vater nun nach einer kleinen Testphase mit einem ausgeliehenen Modell seine eigene Armbanduhr mit Alarm- und Orientierungsfunktion. Sollte er sich tatsächlich einmal verlaufen, könne er per Knopfdruck Kontakt mit seiner Tochter aufnehmen und diese könne auf dem Smartphone den genauen Standort identifizieren. Beide, Vater und Tochter, fühlten sich dadurch sicher. Das klingt interessant. Die kommunale Beratung über technische Hilfsmittel will Frau Helmar mit ihrer Mutter gerne auch demnächst einmal besuchen.

Auf dem Nachhauseweg trifft sie im Bus ihren alten Schulkameraden Dieter Wolf. Der ist gerade auf dem Weg zu einer Sitzung des Gemeinderates. Dort soll über einen Bürgerbeteiligungsprozess zur Neugestaltung eines Stadtviertels beraten werden. In der Woche zuvor hatten Studenten der nahe gelegenen Hochschule für Sozialarbeit mit einigen Personen, die mit kognitiven Beeinträchtigungen leben, den Stadtteil zu Fuß erkundet und begutachtet. Das Ziel war, mögliche Hürden und Stolpersteine für Menschen mit kognitiven Handicaps zu identifizieren. Heute sollen die Ergebnisse vorgestellt werden. *„Da haben wir uns ein klein wenig blamiert“*, gesteht Dieter Wolf seiner ehemaligen Schulkameradin. *„Wir haben ja in der Stadt eine große Befragung pflegender Angehöriger durchgeführt, mit Profis gesprochen und auch eine Stadtbegehung mit Rollstuhlfahrerinnen und -fahrern gemacht. Aber Menschen mit kognitiven Problemen hatten dabei wir glatt vergessen! Denen hilft ja nicht der abgesenkte Bordstein, die benötigen andere Dinge. Aber was? Das hoffen wir nun heute Abend zu erfahren.“* Eine Selbsthilfegruppe für Menschen mit Gedächtnisschwierigkeiten aus der Nachbarstadt war es, die den Planerinnen beziehungsweise Planern und Verantwortlichen schließlich auf die Sprünge geholfen hatte. Im Regionalanzeiger hatte sie in einem Beitrag beklagt, dass ihre Sichtweisen oftmals nicht berücksichtigt würden. Das hatte der Bürgermeister gelesen und sofort reagiert. Und so kam es nicht allein zur Kooperation mit der Hochschule für Sozialarbeit und der Stadtteilerkundung, sondern auch zu der Idee, auch in der eigenen Stadt eine unterstützte Selbsthilfe für Menschen mit kognitiven Schwierigkeiten zu initiieren. *„Noch ist das nur eine Idee, aber wir wollen da jetzt ernsthaft rangehen“*, sagt Dieter Wolf.

Und was ist bei der Befragung pflegender Angehöriger herausgekommen? *„Eine ganze Menge“*, führt Wolf aus. Zum Beispiel, dass man sich vor allem in den Nachtstunden Entlastung wünschete. Ein Nachtbetreuungsangebot fehlte bisher in der Stadt. Nun gebe es einen kleinen Arbeitskreis aus Verwaltungsmitarbeitenden, Angehörigen, Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände und dem Seniorenrat, die sich Gedanken machten, wie diese Angebotslücke geschlossen werden könne. *„Aus all dem soll dann ein richtiger Stadtentwicklungsplan werden. Und die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betroffenen sind vorne mit dabei!“*, ruft Dieter Wolf der Tochter von Frau Helmar noch zu, bevor er aus dem Bus springt und ihr noch einmal zuwinkt.

Zu Hause kommt die Tochter in eine leere Wohnung. Wo mag die Mutter sein? Auf dem Küchentisch liegt ein Zettel. *„Bin mit Ulrike unterwegs. Ulrike ist die ehrenamtliche Lotsin, die mich unterstützen will. Eine sehr nette Frau! Und wir haben ganz viele gemeinsame Interessen. Jetzt sind wir mal kurz zu einer Ausstellungseröffnung in der städtischen Galerie. Bin etwa um 21.00 Uhr zurück. Mach dir keine Sorgen!“*, liest die Tochter. Das ist ja schön, dass das so schnell geklappt hat und wohl auch gut passt, denkt sie.

Für Mutter und Tochter wird es in der Zukunft nicht immer ganz einfach werden. Viele Dinge werden noch zu klären sein. Niemand weiß genau, wie alles werden wird. „*Aber irgendwie scheinen wir doch in einer Stadt zu leben, die uns nicht alleine lässt*“, denkt die Tochter und öffnet langsam eine Rotweinflasche.

4. Nachklang

„Bei den Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen wird nochmals zwischen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben unterschieden. Bei den Pflichtaufgaben entscheidet die Kommune nicht darüber, ob sie diese übernimmt, sondern nur über die Art der Ausführung. Welche Bereiche dazu gehören, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland (...). In diesen Bereichen können die Kommunen nicht durch Streichung von Leistungen einsparen, sondern nur versuchen, kostengünstiger und effizienter zu arbeiten. Anders verhält es sich mit den freiwilligen Aufgaben der Selbstverwaltung, der Kür in Sachen Leistungen für die Bürger. Hier entscheidet allein die Kommune, ob und wie sie diese ausführt (...). Kommunen, die unter Sparzwang stehen, müssen daher vor allem bei den freiwilligen Aufgaben kürzen. Viele Bereiche, die durch den demografischen Wandel beeinträchtigt werden, fallen unter die Kür der Kommunen – allen voran die Seniorenpolitik oder Altenhilfe.“⁴⁸

Es klingt abstrus: Obwohl Einigkeit darüber besteht, dass wir in einer Gesellschaft des langen Lebens leben und uns die demografische Entwicklung vor große Herausforderungen stellt, gelten Seniorenpolitik und Altenhilfe als *Nice-to-have*-Aufgaben. Falls eine solche Setzung jemals eine Berechtigung gehabt haben mag – heute kann sie nur noch als obsolet betrachtet werden. Nicht von ungefähr fordern daher Kommunen und Akteure der Altenhilfe seit vielen Jahren, diese Bereiche zu den Pflichtaufgaben hinzuzufügen. Auch der Siebte Altenbericht zur Lage der älteren Generation spricht sich für mehr Kompetenzen und Ressourcen für die Kommunen aus. Es wird als dringend geboten bezeichnet, *„gesetzliche Grundlagen für eine deutlich stärkere (direkte oder indirekte) Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder zu schaffen, um sicherzustellen, dass die Kommunen ihrer Verpflichtung zur Daseinsvorsorge nachkommen können und zugleich über die notwendigen Ressourcen verfügen, um in ausreichendem Maße mitgestaltend im öffentlichen Raum wirken zu können“*⁴⁹. Die Siebte Altenberichtscommission fordert die Bundesregierung auf, die kompetenzrechtlichen Voraussetzungen für ein entsprechendes Gesetzesvorhaben zu prüfen und zu klären.

Diese Forderung ist mit Nachdruck zu unterstützen. Gleichzeitig müssen sich die Kommunen im Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern und weiteren Akteuren bereits *heute* aktiv dafür engagieren, eine *Sorgende Gemeinschaft* zu schaffen, in der junge und alte, gesunde und beeinträchtigte Menschen ein gutes Leben führen können. Mit dieser Handreichung hoffen wir allen Interessierten Informationen, Anregungen und Impulse für dieses Vorhaben geben zu können.

⁴⁸ www.berlin-institut.org (Suchbegriff: Stadt für alle Lebensalter).

⁴⁹ Deutscher Bundestag, a. a. O., S. 25.

5. Zum Vertiefen: Medien, Links, Tipps

Kommune, Demografie und Alter

- Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften.
<https://www.siebter-altenbericht.de/der-siebte-altenbericht/>
- BMFSFJ (Hrsg.): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts. Berlin 2017.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Stadt – Land – Umland. Handlungsansätze für Kommunen im demographischen Wandel. Gütersloh 2013.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Stadt für alle Lebensalter: Wo deutsche Kommunen im demografischen Wandel stehen und warum sie altersfreundlich werden müssen. Berlin 2014.

Demenzfreundliche Kommunen

- Verena Rothe/Gabriele Kreuzner/Reimer Gronemeyer: Im Leben bleiben. Unterwegs zu demenzfreundlichen Kommunen. Bielefeld 2015.
- Stadt Arnsberg (Hrsg.): Arnsberger „Lern-Werkstadt“ Demenz. Handbuch für Kommunen. Arnsberg 2011.
- Peter Wißmann/Reimer Gronemeyer: „Was demenziell Erkrankte brauchen – Auf dem Weg zu einer demenzfreundlichen Kommune“, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Initiieren – Planen – Umsetzen. Handbuch kommunale Seniorenpolitik. Gütersloh 2009, S. 207–219.

Sozialraum- und Quartiersentwicklung

- KDA (Hrsg.): Handreichung Quartiersentwicklung. Praktische Umsetzung sozialraumorientierter Ansätze in der Altenhilfe. Köln 2016.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Moderne Sozialplanung: Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf 2011.
- Michael Krummacher/Roderich Kulbach: Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Opladen 2003.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Initiieren – Planen – Umsetzen. Handbuch kommunale Seniorenpolitik. Gütersloh 2009, S. 132–145.

Inklusion, Teilhabe, Partizipation

Nicht spezifisch auf Alter und/oder Demenz bezogen:

- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW: Inklusive Gemeinwesen planen. Eine Arbeitshilfe.
www.uni-siegen.de/zpe/aktuelles/inklusive_gemeinwesen_planen_final.pdf
- Montag Stiftung (Hrsg.): Inklusion vor Ort. Der kommunale Index für Inklusion – ein Praxis- handbuch. Berlin 2011.
- Jürgen Hartwig/Dirk Willem Kroneberg (Hrsg.): Inklusion – Chance und Herausforderung für Kommunen. Berlin 2014.

Spezifisch auf Alter und/oder Demenz bezogen

- Demenz Support Stuttgart (Hrsg.): Beteiligtsein von Menschen mit Demenz. Praxisbeispiele und Impulse. Frankfurt am Main 2017.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): Demenz: Ausschluss aus der inklusiven Gesellschaft? Ein Einspruch von Peter Wißmann. Berlin 2016.

- KuKuK-TV – Der Teilhabesender.
www.kukuk-tv.de

Unterstützte Selbsthilfe

- Michaela Kaplaneck: Unterstützte Selbsthilfegruppen von Menschen mit Demenz. Anregungen für die Praxis. Frankfurt am Main 2012.
- Demenz Support Stuttgart (Hrsg.): Ein Startpunkt. Unterstützte Selbsthilfe von Menschen mit Demenz.
www.demenz-support.de (Suchbegriff: Startpunkt)

Ländlicher Raum

- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt.
www.berlin-institut.org (Suchbegriff: Von Hürden und Helden)

Technik

- „Technik“. Heft 27/28-2015, demenz. DAS MAGAZIN.
www.demenz-magazin.de

Kultur

- Michael Ganß/Sybille Kastner/Peter Sinapius: Transformation: Kunstvermittlung für Menschen mit Demenz. Hamburg 2016.

Wichtige Ansprechpartner

Aktion Demenz e.V.

Aktion Demenz (AD) ist eine deutschlandweite bürgerschaftliche Initiative, die sich als Netzwerk versteht. Ziel ist es, Mitbürgerinnen und Mitbürger dafür zu gewinnen, sich für Wohlergehen und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Demenz und ihrer Begleiter zu engagieren. Aktion Demenz e.V. führte insgesamt drei Auflagen des Förderprogramms der Robert Bosch Stiftung *Menschen mit Demenz in der Kommune* durch und betreibt die Website www.demenzfreundliche-kommunen.de mit Beispielen lokaler Initiativen. www.aktion-demenz.de

- **Netzwerkstelle „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“**

Die Netzwerkstelle in Trägerschaft der BAGSO unterstützt lokale Hilfenetzwerke für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen. Zwischen 2012 und 2018 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 500 Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz in einem Modellprogramm gefördert. Die Netzwerkstelle trägt dazu bei, die Nachhaltigkeit der Lokalen Allianzen zu sichern und neue Hilfenetzwerke vor Ort aufzubauen. www.bagso.de (Suchbegriff: Netzwerkstelle)

- **Demenz Support Stuttgart gGmbH**

Demenz Support Stuttgart engagiert sich für die Selbstbestimmung, Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe von älteren und beeinträchtigten, insbesondere auch demenziell veränderten Menschen. Sie unterstützt diese Personen bei der Selbstartikulation und entwickelt beispielhafte Projekte zur Inklusion und Teilhabe. Demenz Support betreibt den Teilhabesender KuKuK-TV (www.kukuk-tv.de) und unterstützt bürgerschaftliche Initiativen und Kommunen bei der Realisierung von ambulanten Wohngemeinschaften und Quartiersentwicklungsprozessen. www.demenz-support.de

- **Deutsche Alzheimergesellschaft**

Die Deutsche Alzheimergesellschaft (DAzG) und ihre Mitgliedsgesellschaften setzen sich für die Verbesserung der Situation von Demenzbetroffenen und ihren Familien ein. Menschen mit Demenz, ihre Angehörigen, Menschen, die ehrenamtlich oder beruflich mit Demenzbetroffenen zu tun haben, sowie alle Interessierten finden bei der DAzG Informationen rund um das Thema Demenz. www.deutsche-alzheimer.de

- **Deutscher Städte- und Gemeindebund**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) vertritt als kommunaler Spitzenverband in Deutschland und Europa die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung kreisangehöriger Städte und Gemeinden. Er ist föderal organisiert, parteipolitisch unabhängig und arbeitet ohne staatliche Zuschüsse. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Der Sitz des eingetragenen Vereins ist in Berlin.

www.dstgb.de/dstgb

Websites

- BMFSFJ: Wegweiser Demenz
<https://www.wegweiser-demenz.de/>
- Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz
<https://www.lokale-allianzen.de/>
- Demografiewerkstatt Kommune
<https://www.demografiewerkstatt-kommunen.de/>
- Netzwerk Ländliche Räume
<https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen/leader/>
- NRW-Portal Quartiersentwicklung
<https://www.land.nrw/de/tags/quartiersentwicklung>
- Quartier 2000 Baden-Württemberg
<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/generationenbeziehungen/quartiersentwicklung/>
- Wegweiser Alter & Technik
<https://www.wegweiseralterundtechnik.de/index.php/Hauptseite>

- Beispiel für kommunale Vernetzung

<https://www.bitburg-pruem.de/cms/buergerservice-verwaltung/was-erledige-ich-wo/bereiche/soziales/226-demenznetzwerk-eifelkreis/2145-rueckblick-lokale-allianz-fuer-menschen-mit-demenz>

Film

- Papa Schulz & Die Osterstraße. Dokumentarfilm, 30 Minuten, Farbe. Deutschland 2014.

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de
www.lokale-allianzen.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 3BR161

Stand: Oktober 2018

Gestaltung: neues handeln AG

Autor: Peter Wißmann, Demenz Support Stuttgart

Druck: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <http://www.d115.de>